

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespalte Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

„Weß Brot Du isst, deß Lied Du singst.“

An dieses Sprüchwort erinnert uns in höchst drastischer Weise ein preussischer Landrath in Westfalen, der auf eine wegen Wahlbeeinflussung von Arbeitern eingereichte Beschwerde neben anderem erwiderte, daß die Arbeiter und „Arbeitgeber“ gleiche Interessen hätten und man auch das alte sinnige Sprüchwort nicht vergessen möge: „Weß Brot ich esse, deß Lied ich singe.“

Wenn solche Bemerkungen in einem offiziellen landrathlichen Schriftstück sich befinden, so kann man sich denken, wie diese Herren über die Stimmabgabe der ihnen untergebenen Beamten denken. Selbstverständlich sollen diese erst recht in dem Sinne derjenigen stimmen, „deß Brot sie essen.“ Also sie sollen stimmen im Sinne der Regierung.

Aber es ist doch so eine eigene Sache mit diesem „Brot-essen“. Essen denn die Arbeiter wirklich das Brot der „Arbeitgeber“? Oder ist es nicht viel richtiger, wenn man behauptet, die Fabrikanten essen das Brot der Arbeiter? Und dies ist in der That so.

Der Arbeiter schafft durch seine Arbeit Werthe für den Fabrikanten; von diesen durch die Arbeiter geschaffenen Werthen nimmt der Fabrikant den Löwenantheil für sich und giebt den Arbeitern nur einen geringen Antheil. Er, der Fabrikant also, ernährt sich von den Arbeitern, er lebt von dem Brote, welches die Arbeiter schaffen und nicht umgekehrt. So können die Arbeiter gar nicht nach dem oben angegebenen Sprüchwort handeln, weil sie niemals das Brot eines Andern essen, sondern nur ihr eigenes, schwer verdientes.

Wenn's nach dem obigen Sprüchwort ginge, dann müßten die Fabrikanten im Sinne ihrer Arbeiter wählen und nicht umgekehrt.

Aber die heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse sind eben danach, daß derjenige, welcher des andern Brot isst, nicht das Lied desselben singt, sondern durch seine kapitalistische Macht seinen Brotgeber noch unterdrückt und diesen offen oder versteckt zwingt, ein Lied zu singen, welches sich gegen ihn selbst richtet.

Und ist denn die Regierung in der That die Brotgeberin der Beamten? Das wird Niemand im Ernst behaupten wollen. Das Volk bringt durch seine Steuern das Geld auf, welches dazu dient, den Beamten das Brot zu schaffen. So müßten, wenn es nach jenem Sprüchwort ginge, die Beamten erst recht des Volkes Lied singen.

Man sieht somit, daß es mit diesem Sprüchwort nicht

weit her ist, da dem Volke und vorzüglich dem arbeitenden Volke, als Brotgeber keine Lieder gesungen werden.

Das Sprüchwort selbst aber zeugt von einer servilen Gesinnung und soll auch nur als ein Ausspruch der Verachtung gelten für den, der darnach handelt. Wir wissen nicht, ob der westfälische Landrath dies so aufgefaßt hat, aber in der That hat das Sprüchwort diese Bedeutung.

Dasselbe bezieht sich auf Personen, welche ohne eigene Ueberzeugung handeln, welche ihre Ueberzeugung vor der Macht beugen und bei den Wahlen ihre Stimme abgeben gegen ihre Ueberzeugung und ihrem momentanen egoistischen Interesse das Gesamtinteresse und das Wohl des Volkes leicht zum Opfer bringen.

Wer somit ein derartiges Sprüchwort empfiehlt, der möchte im politischen Leben Knechte erziehen, welche ohne Murren sich vor ihren Nachhabern in den Staub werfen und die Macht derselben noch vermehren helfen.

Es ist ein großes Glück, daß weite Kreise des deutschen Volkes sich längst von solchen Anschauungen entfernt haben, wie sie das vielberufene, von dem westfälischen Landrath mit dem hübschen Beiwort „sinnig“ geschmückte Sprüchwort vertritt. Deshalb glauben wir auch, daß die Zeit nicht mehr fern ist, daß dasselbe aus dem deutschen Sprachschatze ausgemerzt sein und nur noch eine historische Bedeutung haben wird.

Das deutsche Volk, besonders die deutschen Arbeiter haben eine höhere Auffassung von der politischen Moral, als servile Streber und allerlei egoistische Duckmäuser, welche ihre kleinen persönlichen Vortheile dem Wohle der Nation voranstellen, obwohl sie sich mit großer Vorliebe national nennen.

Das deutsche Volk wird über dieselben bei den öffentlichen Wahlen zur Tagesordnung übergehen, trotz aller Wahlbeeinflussungen und trotz vieler Drangsale.

Wem seine Ehre theuer ist, wer sich selbst achtet, der wird nimmer „deß Lied singen, deß Brot er isst“, sondern er wird seiner Ueberzeugung gemäß singen von Freiheit und Völkerglück, aber er wird dieser Ueberzeugung gemäß immer und überall und besonders bei den Wahlen, auf die sich ja das oben genannte Sprüchwort vorzugsweise bezieht, auch zu handeln wissen.

Gesellschaftsrettung auf Aktien.

In England giebt es einen Verein von Kapitalisten, betitelt die „Gesellschaft zum Schutze der Freiheit und des Eigenthums“, welche gebildet wurde, als in Irland die Nichtzahlung von Rente proklamiert wurde und in England der Sozialismus be-

hervorquoll, einem viereckigen Tisch, einigen Holzstühlen, einem alten Kleiderschrank und einem Waschtisch ausgestattet war; auf dem Tisch lagen Peste, Bücher standen auf einer unpolirten Holzliste, in der Ecke lehnte eine lange Pfeife mit durchgeiffenem Mundstück und auf dem schmutzigen Fußboden ruhten die Stiefeln, wie sie Ernst gestern Abend von den Füßen geworfen hatte. Es war ein unerfreulicher Anblick, unerfreulich auch in der Frühdämmerung, welche die Gegenstände noch halb verhallte.

Anna sprach einige Worte zu Ernst, der sie erst jetzt erkannte, hastig mit der einen Hand das Hemd zurechtstellte und mit der anderen sich durch die Haare fuhr. Er rieb sich die Augen, um sich ganz zu ermuntern, und sagte dann mit verdrießlicher und verschlafener Stimme:

„Herr Gott, Du? ... Was willst Du denn hier? ... Was kommst Du denn zu mir? Ich liege ja noch im Bette!“

Er war immer übellaunig, wenn er im Schlafe gestört wurde, und jetzt kam noch hinzu, daß es ihm unangenehm war, bei seinen Wirthsleuten im schlechten Lichte zu erscheinen. Man konnte nie wissen, ob die üble Nachrede, die aus solchen Besuchen unvermeidlich entstand, ihm nicht später in seiner Karriere schädlich werden konnte.

Der Liebesrausch des vergangenen Abends war verflogen!

Spät in der Nacht war Ernst zurückgekehrt und hatte noch lange in Casanova's Memoiren gelesen, bevor er eingeschlafen war. Sein Schlummer war unruhig und dumpf gewesen und ein häßlicher Traum hatte ihn gequält; er wollte Anna an sich ziehen, sie aber stieß ihn mit einer Geberde des Widerwillens zurück und eine dunkle Wand schob sich zwischen ihn und sie. Erst gegen Morgen hatten diese Beängstigungen aufgehört und er hatte traumlos und schwer geschlafen, bis ihn das Klopfen an der Thür weckte. Er war noch in dumpfer Betäubung, als er Anna antwortete, und so konnte er den Gedanken, der sich ihm zuerst aufgedrängt hatte, nicht verbergen, konnte er den unwillkürlichen Mismuth, in den ihn ihr unerwartetes Erscheinen in seiner Wohnung um diese frühe Stunde versetzt hatte, nicht unterdrücken.

drohlich zu werden begann. Jetzt, da die Arbeiterbewegung in Amerika sich immer machtvoller entfaltet und die letzten Wahlen gezeigt haben, daß die Arbeiter sich anschicken, nun den Stoß gegen die politische Macht der Bourgeoisie zu führen, ahnt man auch über dem Ocean das Beispiel der Engländer nach. In New-York hat sich eine Aktien-Gesellschaft gebildet, die „Publications-Assoziation zur Vertheidigung des Eigenthums“, welche die „Gesellschaft“ mit Dinte zu retten beabsichtigt. In einem Zirkular derselben werden ihre Absichten aufeinander gesetzt. Dieses lautet wie folgt:

„Werther Herr! Hätte Jemand bis vor Kurzem die Meinung ausgesprochen gewagt, daß die sozialistische Bewegung hier keine Stätte finden würde, er hätte anscheinend Recht gehabt. Eine Behauptung, daß wir, in Folge unserer freien Institutionen, von den Bewegungen, die seit den letzten 10 Jahren den Frieden und die Sicherheit Europas bedrohten, gänzlich verschont sein würden, eine solche Behauptung, wir wiederholen es, hätte Niemand zu bestreiten gewagt. Und doch haben die schrecklichen Vorgänge in Chicago und die offenen Aufforderungen gegen Gesetz und Ordnung in anderen Städten das Gegentheil zu klar demonstriert.“

Diesem monströsen Uebel mit den Händen in der Tasche zu begegnen und durch Gleichgültigkeit und Unthätigkeit dessen Wachen ungehindert zu gestatten, wäre nicht nur ein Verlassen unserer Interessen, und unserer Pflichten als friedliche Bürger, sondern auch ein Verbrechen gegen Zivilisation und Freiheit.

Während Sozialisten und Anarchisten überall herumtoben, macht sich eine allgemeine rastlose Agitation unter den Massen bemerkbar; Dugende von Zeitungen werden herausgegeben, Flugblätter und Zirkulare werden zu Tausenden verbreitet; redgewandte Agitatoren und Revolutionäre, die für diesen speziellen Zweck bezahlt sind, durchziehen das ganze Land, um ihre Pläne dem Volke einzuprägen.

Was haben wir dagegen gethan? Einfach nichts. Da wir mit dem arbeitenden Volke nicht in persönliche Berührung kommen, da wir nur das sehen, was auf der Oberfläche erscheint, so können wir nur eine schwache Ahnung von dem außerordentlichen Fortschritt haben, den diese sozialistische Agitation in den letzten 6 Monaten unter den Massen gemacht hat. Um dieser Bewegung vorzubeugen, hat eine Anzahl hervorragender Geschäftsleute hiesiger Stadt in einer am 18. Oktober abgehaltenen Versammlung die „Property Defense Publishing Association“ organisiert, mit Herrn James Russell Wallace als Präsident und Herrn Henry C. Sutton als Sekretär. Das Kapital der Assoziation beträgt 20 000 Dollars in 2000 Aktien (à 10 Dollars), von welchem Betrage sofort 6000 Dollars gezeichnet wurden.

Diese Organisation bezweckt:

- 1) Die Herausgabe von zwei wöchentlichen Zeitschriften unter der Leitung des Herrn Edward Atkinson, Professor der politischen Oekonomie für „Law and Order“, und von Dr. A. Göhring für „Gesetz und Ordnung“.
- 2) Dem Sozialismus mit seinen weitreichenden Verzweigungen

Anna untersuchte den Grund seines Benehmens nicht; in dem Tone seiner Stimme hatte etwas so Kaltes und Unfreundliches gelegen, daß sie sich tief verletzt fühlte. Sie betrachtete ihn starr und sagte dann, ohne seine Fragen zu beantworten:

„Zieh' Dich an; wir gehen gleich fort!“

So hart und rauh hatte Ernst sie noch nie sprechen gehört und er blickte nach ihren Augen, in denen der Zorn aufstammte. Er begriff, daß er sie gereizt habe, und er fürchtete sich ein wenig vor ihr. Sein Kopf war schwer und sein Herz zitterte, während er ihrem Gebot folgte und sich mechanisch ankleidete.

Anna war in den Mansardenvorbau an das kleine Fenster getreten, das in den Hof führte. Sie fuhr mit der Hand über die behauchten Scheiben, an denen einzelne Wassertropfen langsam hinunterrollten und schaute starren Blickes unterwandt hinaus.

Um die spitzen Ziegelbächer, auf die sie hinabsah, mochte ein dicker, grauer Nebel, wie ihn der Herbst des Morgens aufsteigen läßt. Er füllte die ganze Tiefe des Hofes, so daß die Gegenstände unten nicht zu erkennen waren und der alte, halbverdorrte Majanbaum, der einsam im Hofe stand und mühsam nach Luft und Licht rang, seinen Stamm verloren zu haben und mit seinem zackigen Geäst, seinem mageren und trockenen Blattgefieder in der dicken, schweren Luft zu schweben schien. Die Schornsteine ringsherum richteten sich mit ihren wunderbar geformten Blech-auffäßen wie einsame, halbverschleierte Risse und Klippen der Rebelbrandung empor und ihre Rauchwolken, die sonst wie Säulen lergengerade in die Höhe gingen, wurden von der Luftlast gewaltsam herabgedrückt, trocken gedemüthigt die Dachfirste entlang und stäubten ihren Ruß auf die fallbeworfenen Giebelmauern der Häuser.

Der Rebel war allmächtig, war der Herr, er schien mit seinen todtten, grauen Fingern an die Fensterscheiben zu pochen und Anna glaubte, er wolle auch in diesen Raum hinein und sie und Ernst verschlingen.

Eine Thräne riefelte langsam über ihre Wange und fiel auf ihre Hand, die auf dem Fensterbrett ruhte. So konnte Ernst sie empfangen, auf dessen Liebe sie fest gebaut

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

[6

Ein Sprung.

Novelle von Curt Baake.

IV.

Eine dicke Frau in einem rothlarrirten alten Unterrod, einer zerrissenen Nachtsacke und einer unsauberen Haube mit blauen Bändern führte Anna durch einen dunklen Gang zu der Thür der Mansardenstube, welche Ernst Bender für zehn Mark monatlich von ihr gemiethet hatte, und sagte mit grober Stimme zu dem Mädchen: „Der Herr schläft noch!“

„Was nicht alles in der Welt vorkommt,“ meinte sie dann unten im Bäckerladen zu einer Nachbarin, „ist das die Menschenmöglichkeit! Kommt heut früh, es ist noch nicht sieben Uhr, denn meine Emma, die in die Schule geht, war noch nicht fort. ... Klopft es heut früh um sieben Uhr an meiner Stubenthür, daß ich ganz erschrocken aufsteh, denn wissen Sie, man ist doch schreckhaft, wenn man noch nichts Ordentliches auf dem Leibe hat, was man als verheirathete Frau und Mutter von sechs Kindern um sieben Uhr früh auch nicht zu haben braucht, und es kommt ein Mädel, ein blutjunges Ding, und will durchaus zu meinem Zimmerherrn, der noch in den Federn liegt, und sagt, das schadet gar nichts! ... Nun frage ich Sie, ist das Anstand? ... Und noch dazu bei meinem Theologen, der so ein Duckmäuser ist und so thut, als könne er kein Wässerschens trüben; ... na, das sind erst die Rechten!“

Als Anna in die Mansardenstube trat, richtete sich Ernst im Bette halb empor und starrte die Eintretende mit bloßen und verschlafenen Augen an, ohne sie zunächst zu erkennen. Sein langes Haar hing wirr über die Stirn und war, er hatte im Schlaf geschwippt, zu dünnen Streifen zusammengebunden, an denen Bettfedernchen lebten. Ein dumpfer Geruch nach verdorbener Luft und Lampenrauch hing in dem schmalen einfenstrigen Zimmer, das mit einem wackligen Sopha, aus dessen lattunemem Ueberzug braunes Seegras

gungen direkt und thätig gegenüber zu treten und speziell den Opfern von Streiks und Boykotts jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Daß die Arbeiter bis jetzt mit den Boykotts erfolgreich waren, ist lediglich ihrem gutorganisierten Vorgehen zuzuschreiben. Detailräuber, Zigarettenhändler und andere kleine Geschäftsleute hatten sich deren übertriebenen Forderungen zu unterwerfen, denn es stand auf ihrer Seite im Falle einer Zurückweisung keine Hilfe oder Unterstützung von der gesellschaftlichen Bürgerschaft. Dieses wird jedoch von dem Augenblicke an aufhören, da eine oppositionelle Organisation sie darüber belehren wird, was sie durch solche feige Zugeständnisse zu verlieren haben und daß wir durch alle gesetzlichen Mittel als Handbills, Zirkulare und in den Spalten unserer Zeitungen den gesellschaftlichen Theil der Bürgerschaft von solchen Zugeständnissen unterrichten. Wir werden die Boykotters mit ihren eigenen Waffen bekämpfen — in dem wir diejenigen patronisiren, die sie in Abt erklären. Im Falle, daß die Kleinhandl. es müthig zurückweisen, daß sie sich nicht länger den Erpressungen der Boykotters fügen werden, sollen sie in unserer vereinigten Organisation ein wirksames Hinderniß gegen diese Forderungen finden.

3. Beständige Ueberwachung der Demagogen und „Nichters“ und das Sammeln von Beweisen für deren Uebertretungen, ebenso die Einschüchterung (?) von Richtern oder Geschworenen zu verhindern — kurz, in energischer Weise alle Mittel anzuwenden, die für das Wohlergehen unserer Mitglieder und unserer Mitmenschen für nöthig erscheinen.

Aus dem vorstehenden Programm können Sie leicht ersehen, welche außerordentlichen Einfluß diese Organisation auf das öffentliche Wohl haben wird. Wir sind überzeugt, daß, wenn es Ihnen um Ihr und der Allgemeinheit Interesse zu thun ist, Sie unser Gesuch um Unterstützung von Herzen billigen werden. Sollte das Obige Ihre Zustimmung finden, füllen Sie gefälligst das einliegende Formular aus und retourniren Sie dasselbe baldmöglichst.

Wir verbleiben, werther Herr, hochachtungsvoll Die „Property Defense Publishing Ass.“ Henry E. Sulton, Sekretär.“ Die Gesellschaft giebt also zum Schluß ganz offen ein, daß ihr gegen die Arbeiter auch die Mittel der Spionage und der Justizbeeinflussung recht sind — denn an eine „Einschüchterung“ der Richter seitens der Arbeiter glaubt nach den neuesten Urtheilen am Ende doch Niemand.

Für Deutsche von besonderem Interesse ist noch die Angabe des Zirkulars, daß Herr Ludwig Bamberger, unser freisinniger Pfaffenheld, journalistisch mitarbeiten soll an der Lötung des amerikanischen Sozialismus. Nach seinen Leistungen in Deutschland zu urtheilen, brauchen die Amerikaner auf seine Mithilfe wahrlich keinen Werth zu legen. Ueberraschend kommt uns aber die Nachricht nicht, da bereits vor Jahren in einer deutschen Broschüre „gegen den Staatssozialismus“, in der Herr Bamberger seine gewöhnliche „Geistreichheit“ leuchten ließ, die Idee einer Nachahmung der englischen Property's Defense League vertreten wurde.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Der zweite Tag der ersten Lesung des Reichshaushaltsetats wurde mit einer Rede des Abg. Hasenclever eingeleitet. Der Redner gab eine mit mehreren humoristischen Einfällen gewürzte Darstellung der Sozialreform der Regierung, die er für durchaus unzulänglich erklärte. Zum Schluß betonte er, die sozialdemokratische Fraktion werde wohl für einzelne Etatspositionen, nicht aber für den Etat im Ganzen stimmen. Abg. von Ralbach brachte dem gegenüber seine sattem bekannten Redensarten vor. Abg. von Huene (Zentrum) warf der Regierung vor, sie verlange nur Ausgaben, ohne auch zugleich die Einnahmen zu regeln. Richter's Etatsrede blieb diesmal weit hinter den früheren zurück; er beschränkte sich darauf, gegen die Konservativen zu polemisieren. Was Graf Behr, Graf und von Helderhoff sagten, war ohne Bedeutung. Finanzminister von Scholz griff heftig die Deutschfreisinnigen an und nun entspann sich eine lebhafteste Debatte. Windthorst wollte aus den Worten des Finanzministers herausdeuten, daß die Regierung wieder das Tabakmonopol vorzulegen beabsichtige, welches er unter allen Umständen verworfen wissen wollte; er sprach von drohender Auflösung des Parlaments. Hierauf griffen der Finanzminister und Richter einander an und als Herr Minister von Scholz die Freisinnigen ermahnen wollte, sie sollten sich berechnen, wie es „unter ehrlichen Leuten“ Sitte sei, ereignete sich ein in den Annalen dieses Parlaments neuer Fall: der Präsident von Wedell erteilte dem Finanzminister eine Rüge. Was noch kam, war von wenig

Bedeutung; der Pole Roszieski irrte sich mit dem Kriegsminister wegen Befreiung polnischer Soldaten an den Rhein und Herr von Helderhoff erklärte im Tone eines Ministerkandidaten, daß es sich bei den Finanzprojekten nur um Branntweinbesteuerung handle. Dann schloß die Sitzung mit Verweisung einzelner Theile des Budgets an die Budgetkommission.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich geeinigt, folgende Anträge einzubringen:

- 1) Abänderung des § 31 der Reichsverfassung (betr. Verhaftung von Abgeordneten während der Session), mit Rücksicht auf die Verurtheilungen im Freiburger Prozesse.
- 2) Einführung eines Maximalarbeitstages.
- 3) Abänderung der Gewerbeordnung im Sinne der von Dresden ausgegangenen Petition.

Eines der fanatischsten Schutzoll-Organen, die „N. W. Bzt.“, veröffentlicht in einer Zuschrift aus industriellen Kreisen den folgenden Stoßseufzer über die Lage der Eisenindustrie: „Daß trotz der anscheinend von England her sich ankündigenden Besserung des Eisen- und Stahlmarktes unsere deutsche Montanindustrie sich z. B. in einer rückgängigen Bewegung befindet, kann gegenüber der Thatsache zahlreiche, auf verschiedenen Werken und Bechen vorgenommenen Arbeiterentlassungen nicht geleugnet werden. Mit der Eisenindustrie hängt unsere Kohlenindustrie aufs innigste zusammen, und wenn der Arbeiterbestand unserer Bechen heute um einige Tausende geringer ist als im Vorjahre, so giebt der Minderverbrauch an Kohlen und Roaks in den Hochofen und Walzwerken dafür die Erklärung. Auch jene, nach unserer Meinung sehr bald vorübergehende Preisrückgang in England wird sich für unsern Markt nur wie ein Wetterleuchten geltend machen, da notorisch die Leistungsfähigkeit unserer Werke augenblicklich so eingeschränkt ist, daß die unter gegenwärtigen Umständen denkbar größte Vermehrung der Nachfrage in kürzester Frist nur wieder einer neuen Ueberproduktion gegenüberstehen würde.“ — Das alte Lied, das so lange nicht aussterben wird, als die kapitalistische Produktion besteht, da diese den Lohndruck und die Massenarmuth, d. h. die Konsumtionsunfähigkeit zur Voraussetzung hat. Dagegen hilft alles Gesetz nichts, dagegen hilft nur die Emanzipation der Arbeiterklasse, die Befreiung des Lohnsystems.

Mannheim, 30. November. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Resultate der diesigen Reichstagsersatzwahl erhielten Diffe (nationalliberal) 7636, Dreesbach (Soz.) 6818, Vuol (Zentr.) 2033 und Stodhorner (kons.) 1002 Stimmen. Da ein großer Theil der Demokraten schamlos genug sein wird, für Diffe zu stimmen, so ist Dreesbach's Wahl leider nicht so gesichert, als es früher schien. Für die Konservativen findet sich folgender Wink in der „Arenzeitung“: „Bei der Reichstagsersatzwahl in Mannheim ist der nationalliberale Kandidat Diffe mit dem sozialdemokratischen Dreesbach in die Stichwahl gekommen, dem Konservativen von Stodhorner sind etwa 1100 Stimmen zugefallen, von denen möglicherweise die Entscheidung abhängt, da man nicht weiß, was die Ultramontanen, die ihrerseits etwa 2000 Stimmen für den Abgeordneten Freiherrn v. Vuol-Berenberg abgegeben haben, thun werden. Bei dieser Lage der Dinge sind wir der Meinung, daß unsere Parteigenossen sich darüber vergewissern sollten, welche Stellung Herr Diffe in der Militärfrage einnimmt. Erklärt er sich bereit, der Reichsregierung in diesem Punkte rückhaltlos zur Seite zu stehen, so würden wir unsererseits dazu rathen, alle anderen Gesichtspunkte, auch den, daß Herr Diffe ein den „Deutschfreisinnigen“ sehr nahestehender Manchestermann ist, jetzt bei Seite zu legen und ihm die Stimmen der Konservativen zuzuwenden. Beigt er sich dagegen unsicher und schwankend, so ist dazu offenbar kein Grund vorhanden, und es mag Jedem überlassen bleiben, was er thun will. Auf halbe Zusage werden unsere hinlänglich gewitzigten badischen Parteigenossen gewiß nichts geben. Der Diffe muß so deutlich Farbe bekennen, daß er ohne Wortbruch nicht zurück kann.“ Von ihrem Standpunkt aus hat die „Arenzeitung“ ganz recht; andererseits aber sollten sich die Demokraten demgegenüber doch sagen, daß ein Politiker, der in der Militärfrage „rückhaltlos auf Seiten der Regierung steht“ — wie der geschmackvolle Sag lautet — seitens der unabhängigen Bürger auch nicht eine Stimme erhalten darf. Leider ist von diesen Demokraten alles zu erwarten.

Ueber die bulgarische Frage zu sprechen, wurde, wie wir schon erwähnt, neulich Herr Stolle in Grimmitzschau verboten. In dem polizeilichen Ufak heißt es zur Begründung: „Bei der Zugehörigkeit des Referenten zur sozialdemokratischen Partei und angesichts der notorischen Opposition, in welcher sich genannte Partei bezüglich der gegenwärtigen auswärtigen Politik des Reiches zur Reichsregierung befindet, ist die Annahme ausreichend begründet, daß die beabsichtigte Verammlung lediglich zur Förderung der in § 9 Absatz 1 des obzitierten

Vater wiedergeboren habe. Von ihrem Entschlus, nicht mehr nach Hause zurückzukehren, sprach sie nicht.

Sie hatte sich beherrscht und ihm mit fester Stimme alles erzählt; dann schlug sie schweigend den Mantel zurück, knüpfte das Halstuch auf, öffnete den ersten Knopf ihres bis zum Halse geschlossenen Kleides und beugte sich vor, daß Ernst auf ihrem Nacken eine breite, blutunterlaufene, bläulichschwarze Schwielen sehen konnte, die auf der weichen, mit zarten, glänzenden Härchen besetzten Haut wie eine häßliche Raupe in einem weißen Rosenfelde dalag. Die Fassung verließ sie, und sie brach in ein heftiges Weinen aus.

Ernst umschlang sie mit seinen Armen und drückte seine Lippen auf das Schlagmal, aber das litt Anna nicht, sie fuhr empor, riß sich los, schloß hastig ihr Kleid und rief: während ihr die Thränen noch über die Wangen rollten: „Nein, nein, . . . nicht küssen, nicht küssen!“

Ernst trat resignirt einen Schritt zurück und Beide versanken in ein tiefes Schweigen. Anna stand am Fenster und schlug mit ihren Fingern leise und eintönig an die feuchten Scheiben, während sie in den wogenden Nebel hinausblickte, und er lehnte an der Wand, fuhr sich nach alter Gewohnheit hastig durch die Haare und ließ seinen schreuen und ängstlichen Blick auf dem Mädchen ruhen. Er empfand das Peinliche des Augenblicks und seiner ganzen Lage. Was sollte er thun, was sagen? Es schien ihm so, als hätte Anna nicht recht gehandelt, als sie die Hand gegen ihren Vater erhob; er war doch immerhin ihr Vater, den sie als Kind ehren mußte, mochte er nun sein, wie er wollte! Und war er auch wirklich so, wie sie ihn schilderte? Fiel nicht vielleicht auf sie größere Schuld, als sie es darstellte? Ja, es war Unrecht gewesen, daß Anna und er in der Nacht sich getroffen hatten, und es erschien ihm jetzt räthselhaft, wie er eine so unkluge und verwerfliche Handlung hatte begehen können. Hatte Anna nicht so plötzlich den Vorschlag wiederholt, den er ihr in einer zufälligen Wallung gemacht hatte, würde sie nicht alle seine Vorsätze, die er noch kurz vor der Zusammenkunft mit ihr gefaßt hatte, zu Schanden gemacht haben, niemals wäre dieser peinliche Vorfall mit ihrem

Gesetzes vom 21. Oktober 1878 bezeichneten Bestrebungen bestimmt ist, bez. daß in derselben durch erdichtete oder entstellte Thatsachen absichtlich Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht werden sollen.“ Grimmitzschau, 22. November 1886. Die Stadtpolizeibehörde. Schneider.“

München, 20. November. Der Vorstand des Fachvereins der Maurer wollte in dieser Woche beim „Kreuzbräu“ eine öffentliche Maurer-Versammlung einberufen, in welcher ein auswärtiger Redner über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen sprechen sollte. Die Polizeidirektion beschloß, diese Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes zu verbieten. Damit hat die in Berlin seit den Buttkamerischen Streikerklassen eingeführte Praxis nun auch in München Eingang gefunden.

Revolver sollen die Polizeisten auch in Hamburg erhalten.

Zum Duellwesen. Der seitens des Abgeordneten Reichensperger mit Unterstützung von 54 Abgeordneten der Zentrumsparthei im Reichstage eingebrachte Antrag, wonach erstens der Reichstag die Erwartung aussprechen soll, „daß die verbündeten Regierungen dem immer weiter um sich greifenden Duellwesen mit entsprechendem Nachdruck sowohl auf autoritativem Wege, als durch disziplinäre und strafgerichtliche Repression entgegenwirken werden“, und zweitens die Zustimmung des Reichstags zu einem gegen das sogenannte „amerikanische“ Duell gerichteten Gesetzentwurf verlangt wird, stellt zum ersten Male seit Erlass des deutschen Strafgesetzbuches eingehendste Debatten über das Duellwesen im Plenum des Reichstags in Aussicht. In den letzten Jahren beim Reichstage eingegangene Petitionen gegen das Duellwesen überhaupt kamen nur in der Petitionskommission zur Behandlung, und hier fanden die Gegner des Duellwesens stets nur wenig Unterstützung. In der Sitzung der Petitionskommission vom 9. Februar 1885 erachtete die große Mehrheit der Kommission eine Petition, in welcher darum ersucht wurde, den Duellen mit Entschiedenheit entgegenzutreten, in keiner Weise als geeignet, zum Ausgangspunkt für die Frage der Revision des Strafgesetzbuches in dieser Beziehung zu dienen. Es wurde hervorgehoben, daß die Duellfrage bei Gelegenheit der Berathung des Strafgesetzbuches ausgiebig erörtert und zusammenhängend, und zwar von dem Gesichtspunkte der vollen Strafbarkeit des Duells aus geordnet worden sei, daß aber, wenn in einzelnen deutschen Staaten etwa eine genügende energische Strafverfolgung nicht stattfinde, die Beschwerde hierüber zunächst bei den Landesregierungen würde geltend zu machen sein. In einem Beschlusse kam es damals in der Kommission nicht. Während der letzten ordentlichen Reichstagsession verhandelte die Petitionskommission ziemlich eingehend über eine Petition, um ein Gesetz zur Ausrottung des Duellwesens, und die Kommission stimmte schließlich mit 13 gegen 5 Stimmen dem Antrage zu: „Der Reichstag wolle beschließen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, weil dieselbe keinerlei Material zur Regelung der schwerwiegenden, das Duellwesen betreffenden Frage bietet, insbesondere soweit es sich um Abänderung des Strafgesetzbuches handelt.“ Auf die damals seitens eines Mitgliedes der Kommission an den anwesenden Regierungskommissar gerichtete Frage, ob der Bundesrath oder die Organe der Reichsregierung derzeit mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beschäftigt seien, welcher Abänderungen der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Zweikampf bezwecke, bezw. ob neuere Fälle von Duellen nicht Veranlassung geboten hätten, diese Frage in Erwägung zu ziehen, antwortete der Kommissar, daß eine speziell die strafrechtlichen Bestimmungen über den Zweikampf betreffende Gesetvorlage nicht in Vorbereitung sei, daß aber im Hinblick auf eine eventuelle künftige allgemeine Revision des Strafgesetzbuchs im Reichsjustizamte alle Vorfälle mit Aufmerksamkeit verfolgt würden, welche für eine solche Revision Stoff zu bieten geeignet seien.

Vom russischen Erbfeind. Die deutsche Industrie im russischen Weichselgebiete mit ihren „deutschen Landwehr-Soldaten als spionirenden Fabrikarbeitern“ auf russischen Sobolassen dem „Sjwet“ noch immer keine Ruhe und immer wieder kommt er auf das Schredgepenst zurück. So auch heute wieder, wo es am Schluß eines längeren, eine Korrespondenz der „Mosl. Bed.“ über die Baumwollen-Manufaktur im Weichselgebiet rekapitulirenden und analysirenden Artikels heißt: „Wir haben schon vor einigen Monaten von den abnormen, rein räuberischen Bedingungen gesprochen, welche die deutschen Ausbeuter im Weichselgebiet geschaffen haben, wobei ihnen die Nachsicht der russischen Administration im Lande, wie z. B. des Grafen Berg und besonders des Grafen Rogebue und des Generals Albedinski förderlich war. Jetzt sehen und fühlen wir es an uns selbst, wohin dieses falsche System geführt hat. Gegen dieses Uebel muß unverzüglich angeknüpft werden, so lange es noch Zeit ist und hierin muß natürlich eine der Hauptaufgaben der jetzigen russischen Landesverwaltung bestehen, die Gott sei Dank, frei ist von den schädlichen deutschen Passionen ihrer Vorgänger. Es muß darnach gestrebt werden, die eingewanderten, uns feindlichen Ausbeuter unter solche Bedingungen zu stellen, unter denen es für sie absolut unvorthelhaft ist, ihr Geschäfte weiter zu führen, so daß sie sich in die

Vater gekommen! Er selber fühlte sich frei von Schuld, er war viel eher von Anna verführt worden, als daß er sie verleitet hätte, ihrem Vater Trost zu bieten. Das Beste war, man suchte alles in Frieden zu schlichten; Anna kehrte wieder nach Hause zurück, es fände eine Ausöhnung mit dem Vater statt und sie bezähnte künftig ein wenig ihren heftigen, schrankenlosen Charakter.

Als Ernst in seinem Nachdenken bei diesem Punkte angelangt war, empfand er eine gewisse Zufriedenheit mit sich selbst und mit seiner Art, eine Schwierigkeit zu bewältigen. Er war überzeugt, daß Anna, sobald sie sich etwas beruhigt hätte, seine Gründe als richtig anerkennen und ihnen folgen würde. Für den Fall, daß sie Widerpruch erheben und etwa aus Furcht vor dem Vater sich weigern sollte, ihm wieder unter die Augen zu treten, nahm er sich vor, den Vermittler zu spielen. Er wollte Herrn Riemann persönlich aufsuchen und ein ernstes Wort mit ihm reden. Er wollte ihm andeuten, daß später einmal, wenn er in Amt und Würden wäre, von einer Heirath mit Anna die Rede sein könne; er wollte um die ausdrückliche Erlaubniß nachsuchen, zuweilen mit ihr auszugehen und des Sonntags mit ihr zusammen den Gottesdienst besuchen zu dürfen. An der Einwilligung des Gerichtsbieners zweifelte er nicht und er dachte schon mit Vergnügen an die ruhigen und friedlichen Stunden, die er dann mit Anna verbringen würde. Er liebte sie, sicherlich, aber diese heimliche und phantastische Liebhaft mit ihr wurde ihm unbehaglich, sie mußte ihn früher oder später kompromittiren.

Diese Gedanken gaben ihm einen festen Halt. Sie verließen ihm den Muth, sich an Anna zu wenden, die noch immer stumm und abgewendet zum Fenster hinaus sah und im gleichförmigen Takte an die Scheiben trommelte. „Nun sag mir, Anna,“ begann er mit einer gewissen Anstrengung, „was soll werden, . . . was, denkst Du, soll werden? — Es ist ja schlimm, daß Du Deinen Vater . . .“ Hier stockte er und suchte nach dem passenden Worte, „daß Du mit Deinem Vater einen solchen Ausritt gehabt hast. Aber man braucht darum doch noch nicht gleich alles von der schwärzesten Seite anzusehen. Eine Veröhnung . . .“

(Fortf. folgt.)

Nothwendigkeit versteht, dieselben so oder so zu liquidiren, durch Verkauf oder Verpachtung ihrer Fabriken an rein russische oder polnische Unternehmer. In der Reihe solcher Maßregeln könnten unserer Ansicht nach besondere Abgaben eine hervorragende Rolle spielen, ohne deren Entrichtung kein einziges Fabrikat die Pforten der Fabrik verlassen dürfte. Indem die ausländischen Ausbeuter des gegebenen Rayons mit diesen besonderen Abgaben beaufschlagt werden, könnte die Regierung natürlich mit den russischen und polnischen Fabrikanten Ausnahmen machen. Das klingt ja sehr freundschaftlich!

In Baden giebt es 1605 Ortsarmenverbände, welche im Jahre 1885 an 65 962 Personen, darunter 37 753 Familienhäupter, Unterstützungen gewährten. Die Landarmenverbände unterstützten 2734, der Staat 80 Personen. Im Ganzen wurden 4,28 pCt. der Bevölkerung unterstützt, etwas mehr als in Preußen, Sachsen und Braunschweig. Davon kommen auf die Städte 6,03 pCt., auf das Land 3,16 pCt. Es wurden 3 632 424 M. für Unterstützungen verausgabt oder 2,28 M. auf den Kopf der Bevölkerung und 53,02 M. für jeden Unterstützten.

Oesterreich-Ungarn.

In Brünn hat ein Theil der Arbeiter ebenfalls Stellung genommen zu dem liberalen Entwurf der Einrichtung von Arbeiterkammern. Etwa 500 Arbeiter versammelten sich am 29. v. M. Abends im Augartenpavillon. Es sprachen bloß zwei Redner. Die Versammlung, welche ruhig verlief, nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, monach die Errichtung von Arbeiterkammern prinzipiell gebilligt und deren Einführung unter der Voraussetzung als Fortschritt erklärt wird, daß der Machtbereich der Kammern insbesondere bezüglich der Erhebung und Abschaffung von Mißständen erweitert, die Zahl der Kammermitglieder, sowie die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend abgeändert werden, die unzeitliche Amtirung der Kammermitglieder aufgehoben und die Zahl der in den Reichsrath zu entsendenden Vertreter derjenigen der Handelskammer gleichgestellt werde; die Forderung nach allgemeinem Stimmrecht für alle Vertretungskörper wird aufrecht erhalten. — Die Mehrheit der österreichischen Arbeiter ist bekanntlich gegen den Wiener Entwurf, der die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes nur hinauschieben würde.

Schweiz.

Die in Genf anhängen russischen Revolutionäre besitzen in der Rue Montbrillant eine geheime Druckerei, wo der Druck einer revolutionären Zeitung und sensueller russisch-revolutionärer Schriften besorgt wird. In der Nacht vom 20. auf 21. d. M. drangen drei unbekannte Männer in's Druckereilokal und zerstörten so zu sagen den ganzen daselbst befindlichen Satz, sämtlichen Vorrath von Manuskripten und bereits fertiggestellten Druckschriften. Entworfene wurde nichts, so daß die Vermuthung nahe liegt, man habe es hier mit russischen Polizeispionen zu thun. Der genferische Polizeikommissar erschien erst gegen Morgen 2 Uhr, nachdem das Werk der Zerstörung bereits vollendet war und die Thäter das Weite gesucht hatten. Man hat, wie dem „Waterland“ berichtet wird, bis jetzt keine Spur von ihnen.

Wie das in Lyon erscheinende Blatt „Nouvelles“ erfährt, soll in Chaux-de-Fonds im Kanton Neuchâtel demnächst ein internationaler Arbeiterkongress stattfinden, auf dem der Anarchist Fürst Krapotkin den Vorschlag führen würde. Der Zweck des Kongresses soll namentlich in Verhandlungen über die Frage bestehen, in welcher Weise eine gemeinsame Aktion aller Sozialisten durchzuführen sei. In Vienne (Wien) im Kanton Bern soll dem genannten französischen Blatte zufolge in den letzten Tagen eine Versammlung abgehalten worden sein, die von fast allen Beurtheilten in Lyon besucht wurde, und wo die nach Chaux-de-Fonds zu entsendenden Delegirten ernannt sind. — Die Nachricht bedarf jedenfalls der Bestätigung.

Dänemark.

Von der sozialdemokratischen Partei ist durch die Abgeordneten Holm und Hördum dem Folkething ein Entwurf, betreffend Hilfe aus öffentlichen Mitteln außerhalb der gewöhnlichen Armenunterstützung und Regeln über den Erlaß der letzteren, vorgelegt worden. Dieser Entwurf enthält 5 Paragraphen, welche folgendermaßen lauten: 1. Die Hilfe aus öffentlichen Mitteln, welche jemand zum ersten Male zu Theil wird, soll nicht als Armenunterstützung betrachtet werden und in Folge dessen auch nicht von den hieraus resultirenden Folgen begleitet sein, sofern die Hilfe sich nicht über einen Zeitraum von vier Monaten erstreckt. — 2. Die Hilfe aus öffentlichen Mitteln, die jemand während außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit, sowie als Folge einer solchen gewährt wird, soll nicht als Armenunterstützung betrachtet werden, noch die hieraus resultirenden Folgen besitzen, sofern der Betreffende nicht bereits Armenunterstützung erhielt, bevor die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit eintrat, bezw. solche zu genießen fortfährt, nachdem diese aufgehört hat. Die Gemeindeverwaltung hat darüber zu

Aus Kunst und Leben.

Im Stadt-Theater finden am Freitag und Sonnabend wiederum zwei Extravorstellungen statt. Es geht „Der Wajazzo und seine Familie“ neu einstudiert und mit neuen Dekorationen in Szene. Die große und schwierige Partie des „Belphegor“ hat Herr Franz Tragau übernommen, während die „Madelaine“, die weibliche Hauptrolle, Fel. Höfer spielen wird.

Eine Geheimsprache für Liebende. Ein Zufall spielte uns, so schreibt die „Presse“, vor Kurzem ein zerklüftetes und allem Anschein nach viel gebrauchtes Quartblatt in die Hände. Wir betrachteten es näher und entdeckten in ihm zu unserer Ueberraschung den Schlüssel zu einer Geheimsprache für Liebende. Da dieser Schlüssel manchem unserer Leser neu sein dürfte, möge er wortgetreu folgen. Selbstverständlich geschieht das nicht zu Nutze und Frommen der Liebenden, sondern zur Belehrung aller wachsamten Väter und fürsorglichen Mütter, die Ursache haben, dem Briefwechsel ihrer Ererben ein wenig Beobachtung zu schenken. Hier der Inhalt des Quartblattes. „Briefmarken-Sprache! Rechts oben aufrecht: Ich wünsche Deine Freundschaft. Rechts oben quer: Liebst Du mich? Rechts oben verkehrt: Schreibe nicht mehr! Rechts oben schräg: Schreibe sofort! Links oben verkehrt: Glück Gott, Liebchen! Links oben aufrecht: Ich liebe Dich! Links oben quer: Mein Herz gehört einem Andern! Links unten aufrecht: Treue findet ihren Lohn. Links unten quer: Laß mich allein in meinem Schmerz. Links unten verkehrt: Du hast Dich durch Prüfungen bewährt. Rechts unten aufrecht: Deine Liebe macht mich glücklich. In einer Linie mit dem Familiennamen: Nimm meine Liebe an! Desgleichen aber quer: Ich sehne mich, Dich zu sehen. Desgleichen, oben verkehrt: Ich bin vergeben! — Ein reizender Schlüssel!

Ein arabischer Wunderdoktor. Man schreibt der „Pol. Corr.“ aus Genua, 27. November: „In Folge einer Zeitungsnotiz über gewisse Wunderkuren eines arabischen Doktors im biesigen Blindeninstitut sind an diese Anstalt, so wie an das österreichisch-ungarische Generalkonsulat telegraphisch und brieflich so zahlreiche Anfragen gerichtet worden, daß es zweckmäßig erscheint, der nachfolgenden Mittheilung eine möglichst große Verbreitung zu geben. Der Araber Dotto Gholam Chader mit Namen und in der Via San Giuseppe Nr. 42 im zweiten Stockwerk hier wohnhaft, hat in der That seit etwa zwanzig Tagen an sechs Blinden im hiesigen Blindeninstitut Heilversuche angestellt, indem er denselben ein weißes Pulver in die

Augen pinselte. Von einem thatsächlichen, überraschenden Erfolge kann aber noch durchaus nicht die Rede sein und man wird daher gut thun, auf die öffentliche Meinung eher herabstimmend als aufmunternd zu wirken. Bei einem einzigen Blinden, der am längsten (also drei Wochen) in der Behandlung sich befindet und seit 20 Jahren erblindet war, zeigen sich schwache Spuren eines Sehvermögens; bei allen Andern ist dagegen die Behandlung noch ohne Erfolg geblieben. Der Araber verlangt von den Heilung Suchenden eine kurze Krankengeschichte, so wie Angabe der muthmaßlichen Ursache und die Zeitdauer der Erblindung, endlich die Erklärung, daß der Patient von Augenärzten für unheilbar erklärt worden ist. Wir werden die Angelegenheit verfolgen und in nächster Zeit auf Grund der gemachten Erfahrungen umständlicher berichten, möchten aber entschieden von einer Reise hierher abrathen, bevor nicht sichere Beweise wirklicher Heilungen vorliegen.“

Belgien.

Im Jahre 1884 überstieg der belgische Handelsverkehr den des Jahres 1883 um 1 pCt.; im Jahre 1885 ist er um 8 pCt. zurückgegangen. Import und Export zusammen beträgt 4 Milliarden 997 Millionen Franks, um 453 Millionen Franks weniger als 1884 — ein sprechender Beweis für die Schärfe der in Belgien herrschenden industriellen Krisis.

Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer theilte am Dienstag bei der Berathung des Budgets für Madagaskar der Minister des Auswärtigen, Freycinet, mit, daß der französische Resident in Madagaskar anfänglich einige Schwierigkeiten angetroffen habe, jetzt habe sich die Lage geändert und sei der Einfluß Frankreichs gegenwärtig der vorwiegende. Der Vertrag werde in kurzem zur Ausführung gelangen. Der Kredit wurde mit 289 gegen 100 Stimmen bewilligt.

Großbritannien.

Die Ernennung des Generals Buller zum Unterstaatssekretär für Irland verursacht in der englischen Presse starke Bewegung. Ein Privattelegramm der „Post“ berichtet darüber: London, 30. November. Die Ernennung Buller's zum Unterstaatssekretär für Irland, obwohl sie nur provisorisch und auf sechs Monate beschränkt ist, wirbelt viel Staub auf. Die Toryblätter drücken ihre Ueberraschung und Verstimmung aus. „Ball Ball Gas“ bemerkt, Buller's Ernennung bedeute erstens einen tüchtigen Druck auf die Großgrundbesitzer, eine zeitweilige Ermäßigung der Pachtzinse zu gewähren, zweitens die Verwendung von Polizei und Militär zur Ermithlung der Pächter, welche die Zahlung verweigern, nachdem die Pachtzinse hinlänglich ermäßigt worden. Die Ernennung sei lässig und weise; sie mildere das durch die Absetzung Hamiltons angerichtete Unheil und rechtfertige die Annahme, die Regierung werde, wenn auch schüchtern, die einzige Politik einschlagen, welche während des Winters den Frieden in Irland aufrecht erhalten kann (?). Das Kriminalverfahren gegen Dillon wurde bis zum 11. Dezember vertagt, um ihm Zeit zu geben, seine Vertheidigung vorzubereiten. Gegen O'Brien wurde ein Haftbefehl erlassen. Die Früchte dieser Gewaltspolitik wird man sehr bald sehen.

Nach Neujahr wird Freycinet das englische Cabinet amtlich auffordern, die unterbrochenen Arbeiten der Suezkanal-Konferenz wieder aufzunehmen; weigert sich England, so will sich Freycinet an Europa wenden.

Balkanländer.

Wie das „Wolffsche Telegr.-Bur.“ aus Sofia meldet, erwiderte die Regentenschaft der Porte auf den ihr von dieser ertheilten Rath, keine Deputation an die Mächte zu senden, da sie, die Porte, selbst in Besprechungen mit Rußland zwecks Lösung der bulgarischen Krise eingetreten sei, sie, die Regentenschaft, hätte nicht das Recht, die Deputation an der Erfüllung des ihr gewordenen Auftrages zu hindern; sie sei übrigens überzeugt, daß die Schilderung der bulgarischen Lage bei den betreffenden Regierungen nur dazu beitragen würde, die Aufgabe der hohen Porte zu erleichtern.

Die Zeitungsmeldungen von einem angeblich gegen das Leben des Königs Milan von Serbien geplanten Komplotz entbehren jeder Begründung. So telegraphirt man dem „Wolffschen Bureau“ aus Belgrad. Von einem Komplotz gegen das Leben des Königs Milan ist gar nicht die Rede gewesen, sondern von einer Entführung desselben nach Montenegro.

Afrika.

Im „Journ. des Deb.“ fährt Leroy-Beaulieu den Nachweis, daß die Eingeborenen in Algerien sich unter französischer Herrschaft viel stärker mehren als früher, und die Mehrung der Europäer nicht entfernt damit Schritt zu halten vermag. Die diesjährige Zählung weist 3 275 000 Eingeborene nach oder 423 000 mehr als 1881, und 1 138 000 mehr als 1872. Dies macht eine jährliche Mehrung von 80 000 Seelen, wovon freilich ein Bruchtheil abzurechnen ist wegen der geringen Zuverlässigkeit der früheren Zählungen. Wenn das so fortgeht, hat Algier Ende dieses Jahrhunderts 4½ Millionen mohame-

den Einwohner. Europäer und Franzosen mehren sich zusammen um 5—6000 Seelen jährlich. Außerdem werden in Algier gezählt: 43 000 eingeborene Juden, 19 000 Marokkaner, 5000 Tunisier und 4500 Soldaten der Fremdenlegion.

Amerika.

Der in dem Prozesse gegen die zum Tode verurtheilten Anarchisten gewährte Einhaltsbefehl bleibt in Wirksamkeit, bis der oberste Gerichtshof von Illinois die Erkenntnisse revidirt hat. Hierdurch wird die Entscheidung bis zum Frühjahr verzögert.

Die Meldung, daß Dr. Hamilton Williams der Nachfolger O'Donovan Rossa's als Haupt der Dynamitaktion der irischen Brüderschaft sein wird, bestärkt sich; es verlautet, daß der neue Chef in Kurzem eine Proklamation erlassen wird, worin die künftige Politik der Partei erläutert werden soll. Die Abiegung Rossa's wurde in einer Versammlung des Feinerebundes am letzten Dienstag beschlossen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

In Belgien wird es nun wenigstens zu einem Gefekentwurf gegen das Trucksystem kommen. Die von der belgischen Regierung eingesetzte Kommission zur Ermittlung der Lage der Arbeiterverhältnisse hat einen dahingehenden Entwurf festgestellt. Darnach muß der Lohn in barer Münze und zur freien Verfügung der Arbeiter ausgezahlt werden, und zwar in den Werken selbst. Zahlung in Waaren oder ein Zwang, die Bedürfnisse in bestimmten Magazinen zu kaufen, ist verboten; jeder Verkauf in den Werken ist untersagt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Bestimmungen bald in Kraft treten.

Traurig sieht es gegenwärtig bei den Hamburg-Altonaer Bädereffellen aus, und zwar dürfte dieses dem zu Ungunsten der Gesellen ausgefallenen Bädereffell zuzuschreiben sein. Wie die Hamburg „Bürgerztg.“ erfährt, sind zur Zeit in Hamburg ca. 270 und in Altona ca. 120 Gesellen außer Arbeit. Dieselben haben sich sämtlich an dem Streik betheiligt. Es hatten zur Zeit 900 Gesellen die Arbeit niedergelegt, von denen ca. 100 abreisten, während ca. 400 Gesellen nach Beendigung des Streiks die Arbeit bei ihren früheren Meistern wieder aufnehmen konnten. Die meisten der Brotherrn sollen rundweg erklärt haben, daß sie sich Gesellen von auswärtig haben kommen lassen und somit der bisherigen Gesellen nicht mehr bedürfen. Das gesammte Komitee, welches den Streik geleitet hat, befindet sich ebenfalls außer Arbeit. Die Herren Meister haben ja bekanntlich beschlossen, Niemand von dem Komitee wieder in Arbeit zu nehmen, lieber wollen die Meister selber vor dem Backofen stehen. Dem Herrn Obermeister Knüppel ist auch eine Auszeichnung zu Theil geworden, weil er es außerordentlich gut verstanden haben soll, fremde Gesellen von auswärtig heranzuziehen. Birta 400 Gesellen, welche für ihr leibliches Wohl eintraten und um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nachsuchten, sind durch List und Schattfinn der Meister brotlos geworden. Wie das Organ der Bädereffellen „Der Weder“ schreibt, ist auch keine Aussicht vorhanden, die Brotlosen in anderen Städten unterzubringen, da überall Arbeitskräfte genug vorhanden sind. — Diese Mittheilung der Hamb. „Bürgerztg.“ beweist, daß das Solidaritäts- und Klassengefühl unter vielen Arbeitern noch lange nicht genug entwickelt ist. Fester organisiren, energischer aufklären über die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter — das bleibt fort und fort die Aufgabe aller Arbeiterfreunde, damit nicht ein Arbeiter dem anderen das Brot wegnimmt.

Die Löhne der Bergleute in Oberschlesien gehen bei den traurigen Abzweckverhältnissen der Montanindustrie immer mehr zurück. Der monatliche Verdienst pro November schwankt z. B. auf der fiskalischen Grube „Bismarcksbach“ zwischen 30 und 50 M. Es ist also unmöglich, daß eine Familie davon leben kann. Natürlich herrscht mit Rücksicht auf diese Verhältnisse unter den Arbeitern große Unzufriedenheit, die sich, wie der „Schl. B.-Ztg.“ aus Königshütte geschrieben wird, hier und da auch durch Ausschreitungen dokumentirt. So hat kürzlich ein Bergmann einen Obersteiger thätlich angegriffen, weil er glaubte, daß letzterer an dem schlechten Verdienst die Schuld trage. Auffallend ist es, daß in den fiskalischen Gruben die Löhne niedriger sind, als in den Privatgruben. Der heutige Staatsbetrieb ist also der denkbar schärfste Gegensatz zu dem von den Christlichsozialen und Herrn Prof. Wagner geforderten „arbeiterfreundlichen“ Staatsbetriebe.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Steinträger Berlins hielt am Sonntag, den 28. vor. Mts., eine Mitgliederversammlung in Silber's Salon, Schwedterstr. 23, ab. Herr Kennthaler hielt einen Vortrag über das Maschinenwesen im Baufach. Redner schilderte in kurzen Zügen, wie das Maschinenwesen in letzter Zeit sich immer mehr verbreitet hat und wie die heutige Anwendung der Maschine dem Arbeiter seinen Vortheil bringe. Ferner erklärte Redner, inwieweit die Maschine im Baufach den

Hyänenkämpf und nun entspann sich zwischen den Hyänen und den Bären ein furchtbarer Kampf, in welchem schließlich letztere unterlagen. Das Publikum hatte das Ende des Kampfes freilich nicht abgewartet, sondern in panischem Schrecken die Flucht ergriffen. Die Verwirrung und das Gedränge waren grenzenlos, trotzdem ist kein ernstlicher Unfall zu beklagen. Ein Bär und eine Hyäne sind todt, ein anderer Bär ist vollständig zerbißen.

Mit der Schwiegermutter durchgebrannt. Frankfurt a. M., 30. November. Ein hiesiger Bürger ist nach noch nicht ganz einjähriger Ehe mit seiner noch jugendlichen Schwiegermutter durchgegangen.

Erordnung eines Nebenbuhlers. Der Großgrundbesitzer Georg Folpa in Gertenges bei Temesvar traf vor einigen Tagen zeitig früh, von einer Reise zurückkehrend, in seiner Wohnung den Großgrundbesitzer J. D. bei seiner hübschen, jungen Gattin. Er zog einen Revolver aus der Tasche und feuerte auf J. D. zwei Schüsse ab. Der zweite Schuß traf tödtlich; das Projektil drang in die Brust und blieb im Rücken stecken. J. D. ringt mit dem Tode. Die Gattin Folpa's rettete sich durch die Flucht.

Attentat auf einen Gerichtsdirektor. In Tressena bei Temesvar kam der Exekutor Rullfay zusammen mit dem Oberrichter und einem Gen darmen zu einem Bauer. Während des Pländungsaktes schlang der Bauer einen Arm um den Leib des Exekutors und stieß ihm mit der anderen freien Hand ein großes Messer in die Brust. Der Exekutor lief mit dem in seiner Brust steckenden Messer auf die Straße und stürzte, nachdem er kaum hundert Schritte gelaufen war, blutüberströmt zu Boden; er wurde nach Hause gebracht und starb. Der Mörder entfloh. Wie es heißt, soll derselbe in einem benachbarten Walde aufgegriffen worden sein.

Ein fürchterliches Rechenexempel hat dieser Tage ein leidendes Schachspiel gelöst. Nämlich die 32 Figuren des Schachspiels könnten 1121 Quattuordecillionen verschiedene Stellungen haben, eine Zahl, die man mit 88 Nullen schreibt. Um sich einen Begriff von der unendlichen Zahl dieser Gänge zu machen, sagt der Rechenmeister, denke man sich jedes Saatkorn der Erde als einen bevölkerten Weltkörper, von der Schöpfung an mit einer gleichen Zahl Menschen bewohnt, als die Erde. Wenn alle diese Menschen seit 5646 Jahren nichts gethan hätten, als zu zwei und zwei Schach und in jeder Stunde eine Partie gespielt, so wären noch nicht alle möglichen Gänge erschöpft. — Die Richtigkeit des Exempels läßt sich durch Nachrechnen ermitteln.

Steinträgern schädlich werden kann. Schon in den Gründerjahren habe man eine Maschine eingeführt, welche sich jedoch als praktisch nicht bewährte. Redner zog hierauf den Kostenpunkt der Fahrstühle im Baugewerbe in Betracht und stellte fest, daß sich derselbe auf 6 M. 50 Pf. pro Tausend Mauersteine beläuft. Dies lasse sich mit dem von den Steinträgern aufgestellten Tarif leicht vereinbaren, denn wenn dieselben den Preis von 6 M. 50 Pf. im Durchschnitt erhalten würden, so würden sie noch besser bescheiden können als beim jetzigen Tarif. Redner forderte alle Anwesenden auf, sich durch die Einführung der Fahrstühle nicht schrecken zu lassen, sondern sich fest an die Organisation anzuschließen, damit, falls ja die Maschine die Steinträger überflüssig machen sollte, diese in Zukunft als Bedienungsmannschaft vereint für die Führung eines menschenwürdigen Lebens einzutreten im Stande wären. An der Diskussion beteiligte sich zunächst Herr Wallenthin. Derselbe unterzog einen Artikel der „Baugewerkszeitung“ einer scharfen Kritik. In der genannten Zeitung wird nämlich darauf hingewiesen, wie leicht die Steinträger durch „Hebevorrichtungen“ zu erliegen wären, welche billiger arbeiten als die Steinträger. Diese Vorrichtungen, so heißt es in dem Artikel, böten noch den Vortheil, daß die Bauhätigkeit nicht durch die Launen der Steinträger gehemmt wird. Redner meinte, wenn auch in Zukunft die Maschinenteknik im Baugewerbe immer mehr verbessert werden wird, so sei doch vorläufig noch nichts zu befürchten. Die Steinträger müßten sich aber organisiren, damit, wenn die Maschine die menschliche Arbeitskraft verdrängt, die Arbeiter darauf vorbereitet sind. Wenn man heute wirklich eine Maschine konstruirt, welche zehn Steinträger ersetzt so würde dies, meint Redner, nur immer wieder dem Großkapital zu gute kommen. Der kleine Bauunternehmer würde nicht im Stande sein, sich solche Hebevorrichtungen anzuschaffen. Redner forderte schließlich alle Anwesenden auf, sich dem Fachverein als Mitglieder anzuschließen und sich nicht durch Drohungen der Innungsmeister schrecken zu lassen. Herr Lengner führte an, daß sich ein Polier geäußert habe, er würde niemals wieder die Bauleitung übernehmen, wo ein Fahrstuhl benützt wird, weil derselbe nicht regelmäßig funktioniert und die Arbeit dadurch häufig unterbrochen wird. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Vereinsangelegenheiten“, theilte Herr Wallenthin mit, daß der Verein in Zukunft keine Darlehne mehr bewilligt, weil es zu schwierig sei, dieselben zurückzuerhalten. Redner forderte die Kollegen auf, sich recht regen an Zahlung der Beiträge zum Unterstützungsfonds zu betheiligen. Nach Beantwortung einer Anfrage, den Rechtschutz betreffend, wurde für die Witwe eines verstorbenen Kollegen eine Zellersammlung veranstaltet und hierauf einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt und die im Fragekasten befindlichen Fragen beantwortet. Die nächste Versammlung findet am 12. Dezember in Scheffer's Lokal, Inselstr. 10, statt.

Eine große Versammlung der Wähler des ersten Reichstagswahlkreises findet am Freitag Abend in Sanssouci, Kottbuserstraße 4a, statt. Angehörige aller Parteien sind eingeladen.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins findet am Freitag, den 3. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wohlhaupt, Mantuffelstraße 9, statt. Tagesordnung: Die Gründe, welche die Arbeitseinstellung in der Fabrik des Herrn Sachmann, Köpnickstraße 99, veranlaßt haben.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bäder (E. S.) Donnerstag, den 2. Dezember, Versammlung im „Königsstadt-Rasmo“, Holzmarktstraße 72. Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 1884-86. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl für die Jahre 1886-88.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29 Hamburg), Filiale Niddorf. Sonnabend, den 4. Dezember, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstr. 136, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl der sämtlichen Beamten zur Ortsverwaltung. 2. Geschäftliches. Mitgliedsbuch legitimirt.

Verein der Bureaubeamten der Rechtsanwälte, Notare etc. Donnerstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, Monatsversammlung in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dunder: „Ein Gang durch die Nationalgalerie.“ 2. Besprechung etwaiger Anträge für die am 6. Januar l. J. stattfindende Generalversammlung der Hilfskasse. 3. Fachfragen. 4. Fragekasten. Damen und Gäste haben Zutritt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine etc. am Donnerstag. Männergesangverein „Lätitia“ Abends 9 Uhr in Bettin's Restaurant, Veteranenstr. 19. — Männergesangverein „Jugendluft“ Abends 9½ Uhr bei Bester, Große Hamburgerstraße 4. — Schäferscher „Gesangverein der Elbe“ Abends 9 Uhr bei Wolf und Krüger, Stalitzerstraße 126. Gesang. — Turnverein „Hafenhaide“ (Vehtlings-Abtheilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstraße 60-61. — Berliner Turngenossenschaft (7. Vehtlings-Abtheilung) Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle, Brüderstr. 17-18. — Musik-Dilettantenverein „Glocke“ Abends 8½ Uhr Friedrichsbergerstraße 10. — Koller'scher Stenographenverein „Alt-Gölln“ Abends 9 Uhr Wallstraße 20 bei Leonhardt. — Verein Ziehle'scher Tanzschüler „Tirolenne“ Abends 9½ Uhr im Restaurant Poppe, Lindenstraße 106. — Rauchklub „Reinhold“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Holzmarktstraße 44. — Rauchklub „Arcona“ Abends 9 Uhr bei Brandt, Forsterstraße, Ecke der Reichenbergerstraße.

Kleine Mittheilungen.

Düsseldorf, 27. November. Die Ursache des gemeldeten Hauseinsturzes glaubt man in dem zu frühzeitigen Wegnehmen der Bogenverschalungen und infolge dessen zu starker Belastung des Hauses suchen zu müssen.

Dormund, 29. November. Ein ruchloser Mord wurde in vergangener Nacht in hiesiger Stadt verübt. Der Fabrikarbeiter Ferdinand Hildebrand von hier, ein junger Mensch von 20 Jahren, brachte in Gemeinschaft mit seiner Schwester ein junges Mädchen nach Hause. Auf diesem Wege wurde Hilde-

brand von zwei ihm unbekanntem Personen verfolgt, von denen der eine, ohne ein Wort zu sagen, einen Revolver zog und dem Hildebrand eine Kugel durch den Kopf jagte, was den sofortigen Tod des jungen Mannes zur Folge hatte. Von dem Thäter fehlt vorläufig noch jede Spur.

Kais., 28. November. Heute früh gegen 4 Uhr fand auf dem Bahnhofe Deuzersfeld ein Zusammenstoß von zwei Güterzügen statt. Eine Rangirmaschine, welche rückwärts fahrend eine Anzahl Wagen zog, erfasste die letzten drei Wagen eines von Frinlop kommenden und gerade in den Bahnhof Deuzersfeld einfahrenden Güterzuges, trennte sie vom Zuge und warf sie zur Seite. Die Lokomotive entgleiste und wühlte sich in die Achsen in den Boden ein, die hintere Wand derselben wurde auf der Seite, wo der Führer seinen Stand hat, bis fast an die Steuerung eingedrückt, so daß der Führer sich einen Ausweg durch das Fenster bahnen mußte. Das Material ist stark beschädigt; Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen, der Betrieb wurde auch nicht gestört.

Innsbruck, 28. November. Nachdem Sonnabend, den 27. d. M., um 9½ Uhr, Vormittags, ein Erdbeben in Smarna, Tirolsme und Chios stattgefunden hatte, sind in Innsbruck gestern, Sonntag, den 28. d. M., Nachts gegen halb 12 Uhr, zwei ziemlich rasch aufeinander folgende Erdstöße in der Richtung zwischen Ost und West verspürt worden. Ein Geräusch ging dem Erdbeben nicht voran. Die ganze ungewöhnlich erkennbare Erscheinung dauerte einige Sekunden. Das Erdbeben wurde auch in Hall bemerkt, sowie in Landeck.

New-York, 28. November. Im East River explodirte gestern Nachmittag der Kessel des Schlepddampfers „Sunbeam“. Der Dampfer ging in Stücke und alle 4 Personen an Bord wurden getödtet. Einem an der Seite des Schlepddampfers liegenden Schooner wurde eine Seite eingedrückt, in Folge dessen er sich mit Wasser füllte und sank; auch hier wurde 1 Mann an Bord getödtet.

Konstantinopel, 27. November. Heute um 9½ Uhr Vormittags fand in Smarna, Tirolsme und Chios ein heftiges Erdbeben statt.

New-York, 20. November. Kapitän Dellmers vom Bremer Dampfer „Eider“ ist auf die Anklage, auf der letzten Fahrt von Bremen 25 Zwischendecks-Passagiere mehr, als vom Gesetze erlaubt, befördert zu haben, arretirt und mit 5000 Doll. Bürgschaft zum Prozesse festgehalten worden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Dienstung beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht ertheilt.

Charlottenstraße 48. Wenn Sie aus Ihrer Schlafstelle am 1. Dezember ausziehen wollen, müssen Sie am 15. November getündigt haben, widrigenfalls Ihr Mieth noch einen Monat Mieth beanspruchen kann. Ob Sie in Berlin bleiben oder nach außerhalb reisen, ist dabei ganz gleich.

N. A., Waldemarstraße. Fragen Sie bei der Verwaltung des lgl. Proviantamts an; dasselbe müßten wir auch thun, um Ihre Frage beantworten zu können.

Theater.
Donnerstag, den 2. Dezember.
Opernhaus. Fra Diavolo, oder: Das Gasthaus zu Terracina.
Schauspielhaus. Adrienne Lecouvreur.
Deutsches Theater. Donna Diana.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Viceadmiral.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Victoria-Theater. Amor.
Ostend-Theater. Das neue Gebot.
Residenz-Theater. Georgette.
Zentral-Theater. Der Waldteufel.
Bellealliance-Theater. Die schöne Helena.
Walhalla-Theater. Die Piraten.
Königsstädtisches Theater. Von Schrot und Korn.
Kaufmann's Varietee. Spezialitäten - Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Concordia - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.

Stadt-Theater.
(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15.
Das Mädel ohne Geld.
Poffe mit Ges. in 3 Akten von Dr. Ed. Jacobson.
Musik von Lebnert.
Dirigent: Herr Kapellmeister Theodor Franke.
Vor der Vorstellung:
Großes Concert,
ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Kapellmeisters Hrn. Theodor Franke.
Anfang des Concerts:
Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 7½ Uhr.
Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung versehen.

Eden-Theater.
(Früher Loufens. Theater.) Dresdenerstr. 72/73.
Zum ersten Male in Berlin:
Eingeborene der Antillen.
Anthropologische Schönwürdigkeit. (14 Personen.)
Helson und Maxton, Excentric-Clowns.
Brothers Forest, Musical-Clowns.
Madame Flora Hoffmann, Konzertsängerin.
La-la-Sultana-Hadschi, arabisches Gymnastiker und Springer.
Mr. Nizarros, Acrobater. **Burgels Balletgesellschaft,** 12 Damen, 2 Herren. **Vanja und Ludwig Zellheim,** Eugen Jocher.
Kasseneröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche:
Eine Wander. d. d. Riesengebirge.
Zweite Reise durch das malerische Schottland.
Gerttha-Reise. — Carolinen-Inseln.
Eine Reise 20 Pfennig. Kinder nur 10 Pf.

Soeben erschien Nr. 35 des
„Wahren Jakob.“
Zu beziehen durch die Expedition dieses Bl., Zimmerstraße 44.
Verantwortlich für den politischen Theil und Soziales Max Schippel, für Vereine und Versammlungen H. Tuhauer, für den übrigen Theil der Zeitung A. Cronheim, sämtlich in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Soeben erschien
Heft 3 der Internationalen Bibliothek.
Die Darwin'sche Theorie. (Mensch und Mensch.)
Preis pro Heft 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44.
Wiederverkäufern Rabatt.

Die Uhren-Fabrik von
C. Jägermann Nachf., Berlin W., Friedrichstr. 70, Ecke Taubenstr.,
offerirt ihre anerkannt besten Fabrikate mit 3 jähriger Garantie zu folgenden Preisen:
Nickel-Herren-Remontoir-Uhren.
Marke Diogene, bestes Fabr. Rml. 12
Silb. Cylindr.-Remt.-Uhr m. Goldr. „ 20
do. prima, Marke Diogene „ 23
Silb. Anker-Remt.-Uhren, 15 Steine „ 28
do. prima, Marke Villodes „ 35
14 Kar. gold. Hr.-Anl.-Rem. 15 Steine „ 50-85
do. „ do. m. Schußdeckel 75-300
Silberne Damen-Remontoir, 2 silb. „ 24
Kapf., 10 Steine „ 30
14 Kar. gold. Dam.-Anl.-Uhr, 10 Steine „ 30
do. do. fein gravirt „ 36
do. do. mit Schußdeckel 50-150
Die Firma kauft und verkauft nur gegen baar.
Versandt nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet.
Unskrirter Preiskourant gratis und franko. [963]

Gegen Theilzahlung:
Paletots, Herren- und Knaben-Anzüge, sowie Damenkleider Winter-Mäntel etc.
im Tuch-Geschäft [1169]
Prinzenstr. 53,
gegenüber der Turnhalle.

Leihhaus-Ausverkauf
72 Jägerstrasse 72
I. Abtheilung.
65 Jägerstrasse 65
II. Abtheilung.
12000 Herbst- und Winter-Paletots.
8000 compl. Rod- u. Jag.-Anzüge
streng modern ff. Stoffe v. 10-30 M.,
5000 Damen- und Mädchen-Mäntel,
2000 ff. Schlafrode von 8 Mark an,
3000 hoch eleg. Buschen u. Knaben-Anz.,
5000 Röde, ff. schwarze Anzüge, Hosen,
Westen, Leib-, Jaquets, Uhren, div. Goldf.
sollen spottbillig ausverkauft werden, täglich,
auch Sonntags, von 8-8. Auf Wunsch
Theilzahlungen gestattet. Beleh. groß.
Verth. 1 Pf. v. M. [1188]
Polizeil. conc. Leihhaus.
Die Direktion.

Wir offeriren [1005]
Morgenröde
aus Lama in sehr hübschen dunklen Farben,
glatt, gestreift u. karirt. Taille und Aermel
warm mit Flanel gefüttert, mit
Sammet garnirt 11,50 M., desgleichen mit
Puffe 13,50 M.
Morgenröde
aus kräftigem, rein
wollenem Lama, glatt,
gestreift und karirt,
Taille und Aermel
mit Flanel warm
gefüttert, hübsch mit
echtem Sammet garnirt,
ohne Puffe 15 M.,
mit Puffe 18-20 M.
Elegante türkische Morgenröde,
Taille u. Aermel mit
Flanel gefüttert
25 M., durchweg
m. Flanel gefüttert
30-35 M.
Sielmann & Rosenberg,
Berlin SW., Kommandantenstraße,
Ecke Lindustrasse.
Heute frische Blut- und Leberwurst.
[1191] **Reissmann,** Friedrichsbergerstr. 10.

Stundateure!
Allen Kollegen machen wir hierdurch besonders
bekannt, daß in der Firma **Hänka & Sachmann,**
Straßburgerstraße 16, nicht mehr nach
dem Tarif bezahlt wird und daher jeder Kollege
wissen muß, was er zu thun hat. [1194]
Die Lohnkommission.
J. A.: Otto Seindorf.

Der weltberühmte anatomische
Apollo ist heute und täglich
ausgestellt in
Präuser's Museum,
Kommandantenstraße 70. [1193]
Dienstag und Freitag: Damentag.
Entree 50 Pf. Vereinskarten gültig.

Im Versuch verfallen.
Hochelegante Herren- und Damen-Winter-
paletots sind billig zu verkaufen bei
Lucke, Neanderstraße 9.
Bitte genau auf meine Hausnummer
und meinen Namen zu achten. [1188]

Schwere Ueberzieher, 20-30 M., soll schleunigst
v. w. Schneiderstr. Wagner, Köpnickstr. 43b, III.

Soeben ist erschienen:
Der Neue Welt-Kalender
für 1887.
Aus dem reichen Inhalt heben wir
hervor: Reichshandels-Etat des Deutschen
Reichs. — Zerbrochene Ketten. — Erzählung
von Rob. Schweichel. — Bärtige Frauen und
Haarmenschen. — Ein Proletarierkind. — Erzählung v. E. Langer.
— Der Kampf zwischen Feuer u. Wasser in der
Welt. — Von P. Dem. Köhler. — Wie man eine
Million verdient. — Fliegende Blätter (humoristisch).
Als Gratis-Beilagen:
1. Lucia. 3. Mutterglück.
2. Blanche. 4. Die beiden Alten.
Ein Wandkalender.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes
Zimmerstraße 44.
Wiederverkäufern Rabatt.
Tüchtige Mechaniker
auf Glocken und Tableaulappen werden ver-
langt Barutherstraße 9. [1183]

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr 282.

Donnerstag, den 2. Dezember 1886.

3. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 1. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, Jacobi, von Caprivi, Bronsart von Schellendorff und Kommissarien.

Der Direktor im Auswärtigen Amt Geheimer Legationsrath Reichardt ist als stellvertretendes Mitglied in den Bundesrath berufen.

Die Fachkommissionen haben sich konstituiert. Die Budgetkommission hat v. Malsbahn-Gültz zum Vorsitzenden, v. Huene zu dessen Stellvertreter, zu Schriftführern Bürlin, Delbrück, v. Graevenitz und Witte gewählt.

Die erste Berathung wird fortgesetzt.

Abg. Hasenclever: In der Eröffnungssprache wurde gesagt, daß die weitere Sozialreform und besonders die Altersversorgung der Arbeiter ohne neue Reichssteuern nicht durchgeführt werden könne. Das ist immer so gewesen. Man hat den Arbeitern solche Versprechungen gemacht und gleichzeitig indirekte Steuern und Bülle verlangt, die vorzugsweise von ihnen getragen werden. Die Lohnerböhung, welche die Steuerreform im Gefolge haben sollte, hat nur in verschwindendem Maße stattgefunden und war wesentlich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit verbunden. Die neue Wirtschaftspolitik ist nur den Reichsfinanzen und großen Fabrikanten, aber nicht den Arbeitern zu Gute gekommen, und mit der Sozialreform ist nur die Polizei zufrieden, weil sie die Arbeiter besser kontrollieren kann, und allenfalls der Unternehmer, weil sie ihm die Möglichkeit von allerhand Repressalien gegen den Arbeiter verschafft. Die Grundlage dieser Gesetzgebung ist allerdings gut — Sie haben Sie ja von uns (Heiterkeit) — aber die Ausführung ist eine recht schlechte. Das einzige Gute, was man von der Sozialreform sagen kann, ist, daß sie die soziale Frage parlamentsfähig gemacht und das arbeitende Volk bei dem Mangel an Ernst und gutem Willen der Regierung und der Parteien, etwas Tüchtiges zu schaffen, auf die eigene Kraft, das eigene Streben und Wirken gestellt hat. Die indirekten Steuern sind ein Hemmschuh für die Sozialreform. Aber ich frage den Abg. Richter: ist denn die jetzige Steuererhebung unabänderlich? Gibt es keine vernünftigeren Steuer, etwa die progressive Einkommensteuer? Man lege den Millionären viel erheblichere Lasten auf, als sie jetzt zu tragen brauchen, dann kann man auch dem Arbeiter zu Hilfe kommen. Und wie steht es mit dem Arbeiterschutz? Die Regierung hat nicht einmal verfuhrsweise das probirt, was von den Konservativen und dem Zentrum, namentlich in Bezug auf die Sonntagruhe verlangt worden ist. Erst wird von dem höchsten Reichsbeamten das Recht auf Arbeit proklamirt und dann fast mit demselben Athemzuge der Maximalarbeitstag verworfen. Das ist doch ein Widerspruch. Das vielgerühmte Recht auf Arbeit ist nichts weiter als das Recht auf das Arbeitshaus. Eines verstehe ich nicht: es wird fortwährend von Kolonialpolitik, von unseren Handelsbeziehungen zu fremden Staaten gesprochen; warum verlangt dann die Regierung nicht mit viel größerer Energie darauf, daß die Pariser Weltausstellung besichtigt wird? Der Reichstag sollte dafür sorgen, daß die darauf folgende Weltausstellung in Berlin stattfindet. Solche regelmäßige Volksüberbrückungsfeiern sind das beste Gegengewicht gegen die fortwährenden Klüftungen. Wenn die Völker sich mit ihrer Industrie, Kunst und Wissenschaft nahe treten, dann wird auch eine Heresverminderung sehr leicht ins Werk zu setzen sein. Wenn jetzt irgend ein Nachbar zwei, drei neue Regimenter formirt, gleich thun wir es auch. Das kann doch nur ein Gefühl der Schwäche bei uns hervorrufen. Es fehlt uns an der inneren Kraft. Bei Eroberungskriegen mag feiner Zustand gut sein, handelt es sich aber um die Vertheidigung des Vaterlandes, so ist die stärkste Schutzwehr gegen den Feind die Vaterlandsliebe. Diese aber machen Sie den Arbeitern unmöglich. An der Spitze der Sozialreform, von der Sie immer reden, steht der Herr Jbring Wahlow. (Lachen rechts.) So treiben Sie die Liebe zum Vaterlande aus dem arbeitenden Volke heraus. Darum brauchen Sie eine Masse von Militär mehr, weil das Volk selbst nicht mehr in der Lage ist, sein Vaterland so zu lieben, wie es zur Vertheidigung nöthig ist. Der Arbeiter hat angefaßt der Polizeiverfolgungen alles Vertrauen zur Regierung verloren. Auch die letzten Vertheilungen haben gezeigt, daß es den Nachbarn nicht darauf ankommt, Vaterlandsliebe zu erzeugen, sondern sie abzuschwächen. Ich meine den Freiburger Prozeß, die Diäten- und die Hochoerrathsprozesse. Die Diätenprozesse, die ich gar nicht so ernst nehme, zeigen doch den grellen Widerspruch der Auffassung des obersten Gerichts mit dem Rechtsgefühl des Volkes. Ich bin gezwungen worden, meinem preussischen Vaterlande den Rücken zu kehren und in einem vielgeschmähten Partikularstaate Schutz zu suchen gegen den preussischen Fiskus. Wenn wirklich ein neues Zivilgesetzbuch zu Stande kommen wird, so wird es jedenfalls auch in dieser Beziehung die Anschauungen des preussischen Fiskus vertreten. Beiläufig sei hier bemerkt, daß derselbe Bote, welcher mir eine Depesche über meine Verurtheilung brachte, mir zugleich eine Zuschrift von dem ersten Restaurant Berlins von Karl Hiller überreichte, die Sie wohl Alle erhalten haben. (Große Heiterkeit.) Ich habe seiner Zeit für die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig gestimmt in der Absicht, die Richter den Berliner Regierungsinflüssen zu entziehen. Schon damals mahnte ein Mitglied der Linken, daß die Regierung ihren Einfluß ebenso gut in Leipzig, Weimar wie in Berlin geltend machen könne. Er hatte Recht. Das letzte Urtheil des Reichsgerichts wäre in Berlin nicht volksfeindlicher ausgefallen. Der Umgang der Richter mit den nationalliberalen spießbürgerlichen Leipziguern scheint mir viel gefährlicher, als der Umgang mit dem Berliner Fortschritt. (Große Heiterkeit.) So lange die Ernennung der Richter lediglich durch die Regierung erfolgt, wird das Reichsgericht in politischen Prozessen immer so entscheiden, wie die Regierung will. Fern sei es von mir, die Urtheile in den Hochoerrathsprozessen irgendwie zu kritisiren. Die sogenannten Landesverräther haben für das Verlaufen von Plänen Geld genommen, sie sind zu Zuchthaus verurtheilt worden, denn sie haben aus unlauterer, niedriger Gefinnung gehandelt. Aber eine ganze Anzahl von Leuten, die keine niedrige Gefinnung gezeigt haben, ist bloß wegen Verbreitung von Schriften, die sie kaum gelesen haben, die der tolle Most in Amerika geschrieben hat, mit Zuchthaus bestraft worden. Solche Urtheile verwirren das Rechtsgefühl des Volkes. Unsere Stellung zum Etat ist folgende: wir werden für alle Abstriche stimmen, die von der Linken oder sonst woher beantragt werden. Wir werden für alle Positionen stimmen, welche Kulturzwecken dienen sollen, schließlich aber das ganze Gesetz, als dem Wohl und Interesse des arbeitenden Volks abträglich, ablehnen. Das Volk hat kein Vertrauen zur Regierung, sie müßte sich denn sehr bemühen. (Heiterkeit.) Es herrscht überhaupt momentan ein böser Pessimismus im Volke. Ich glaube, es ist nicht richtig, mit Gewalt zu drohen, wenn

man nicht die Gewalt hat, diese Drohungen auszuführen. Ich meine, das Volk sollte sich in anderer Weise Macht verschaffen, durch eheliche, strenge Arbeit, durch ein festes Ringen und Kämpfen nach dem Ziel seiner Erlösung. Dann wird er sich selbst und das Vaterland retten. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. v. Malsbahn-Gültz: Der Abg. Hasenclever hat seinen Vortrag damit geschlossen, daß seine Partei, wie auch die einzelnen Positionen sich gestalten mögen, unter allen Umständen schließlich gegen den Etat stimmen würde. Eine so kleine Fraktion, wie die sozialdemokratische, kann sich diesen Luxus ja gestatten, ohne daß der Etat dadurch in Frage gestellt wird; aber ein solches Verhalten ist es doch nicht, wenn ein Mitglied einer solchen Partei, die ja so zahlreich ist, daß ihr nach der geltenden Praxis ein Platz in den Kommissionen zusteht, in die Budgetkommission gewählt wird. Wir werden allerdings von der Thätigkeit dieses Mitgliedes in der Budgetkommission eben so wenig Nutzen haben, wie f. B. in der Kommission zum Schutz der Arbeiter. Ich sage das auch nur, damit man es draußen im Lande erfahre und künftig solche Dingen wähle, die wirklich mitarbeiten wollen. Nach dem Abg. Hasenclever brauchen wir deshalb so viel Militär, weil der Arbeiterstand keine Vaterlandsliebe mehr hat und ihn das Militär in Ordnung halten muß. Das ist das Gegentheil der Wahrheit. Unsere handarbeitende Bevölkerung hat in ihrem weit überwiegenden Theil eine so warme Vaterlandsliebe, wie sie diejenigen Sozialdemokraten, die der Internationale angehören, gar nicht einmal verstehen. (Zustimmung rechts.) Das Militär halten wir nicht, um die unruhige Bevölkerung in Ordnung zu halten; die Gründe dafür, daß wir eine so starke Armee halten und für längere Zeit halten müssen, liegen nicht im Lande, sondern an seinen Grenzen. Der Abg. Hasenclever hat sich gegen den Sitz des Reichsgerichts in Leipzig ausgesprochen, weil die dortigen spießbürgerlichen Anschauungen — es wird das den Leipzigern recht angenehm sein (Heiterkeit) — einen volksfeindlichen Einfluß auf die Räte ausüben. Es handelt sich um den Art. 32 unserer Verfassung, welchen das Reichsgericht dahin auslegt, daß auch aus Privatreisen den Abgeordneten als solchen keine Diäten gezahlt werden dürfen. Diese Auffassung wird im Lande in sehr weiten Kreisen getheilt. Die entgegengesetzte Auffassung ist ja auch möglich und ebenfalls im Lande vertreten; aber behaupten Sie doch nicht, daß Ihre Meinung die des Landes ist! Der Abg. Hasenclever hat sich von Most losgesagt. Es ist das eine Wirkung der Erzeugnisse der letzten zehn Jahre in Deutschland. Wir ist die Zeit noch in lebhafter Erinnerung, wo Most und Hasenclever von der Tribüne dieses Hauses die Lehre, die sie jetzt noch vertreten, getrieben haben und keine einzige Stimme des Widerspruchs aus ihrer Fraktion sich dagegen erhob, als aus ihrer Mitte heraus die Thaten der Kommune gebilligt wurden. Ich bezweifle auch, ob, wenn diese Herren wieder nach Deutschland kämen, Sie im Stande wären, solche Gefinnungen niederzudrücken und darüber die Oberhand zu gewinnen. Die Sozialdemokraten sehen vom Fraktionsstandpunkt an, während die Gesetze des Landes nach allgemeinen Rücksichten auf die Bedürfnisse des gesammten Landes beraten werden sollen. Auch der Abg. Richter hat gestern zu sehr als Vertreter seiner Partei gesprochen. Auch auf unserer Seite wird gesehen und anerkannt, daß die Ausgaben im Reiche sich in sehr steigender Tendenz bewegen, während die Einnahmen dabei nicht Schritt halten, ja theilweise zurückgehen. Ist es aber richtig, statt an der Besserung der Dinge mitzuarbeiten, die Gelegenheit zu benutzen, um den politischen Gegnern zuzurufen, sie allein seien an Allem schuld, das System Buttiker, Männer vom Schlage des Finanzministers Scholz seien es, die das Land ruiniren? Glauben Sie, daß, wenn die Leitung der öffentlichen Geschäfte in den Händen der Freisinnigen gelegen hätte, unsere Wirtschaftspolitik in den Bahnen des Freihandels unentwegt stehen würden? (Rufe links: Gewiß! Sehr viel besser!) Ich glaube, nicht. Welche Ausgaben hätten nicht gemacht werden können? Wir hätten auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung vielleicht eine weitere Entwicklung der Privatversicherungsgesellschaften gehabt und die Kosten für das Reichsversicherungssamt gepart. Aber spielen diese Kosten die entscheidende Rolle? Wir hätten auch keine subventionirten Dampferlinien, keine Kolonialpolitik. Der Bewilligung erheblicher Mittel für die stärkere und gründlichere Vertretung unserer Interessen im Auslande, für die Stärkung unserer überseeischen Handelsbeziehungen und deren Schutz durch die Marine hätten aber die Freisinnigen sich auch nicht entziehen können. Wir hätten allerdings in Preußen dann die Eisenbahnstaatlichkeit nicht, hätten aber statt dessen das Schauspiel erlebt, daß die kleinen Bahnen durch Fusion doch verschlungen wären und große Gesellschaften das wichtige Gebiet des Eisenbahnverkehrs monopolisirt hätten. Wäre dabei unsere Finanzlage besser gewesen? An den Ausgaben für das Heer hätten Sie gegenüber der zweifellosen Meinung des Landes nicht sparen können. Wären Sie nun aber im Stande gewesen, neue Einnahmequellen zu eröffnen, welche die allgemeine Zustimmung, auch die Zustimmung innerhalb Ihrer eigenen Partei erlangt hätten? Denn das wollen Sie doch nicht bestreiten, daß innerhalb der letzten zehn Jahre der Hauptgrund, daß alle Versuche, der Regierung neue Einnahmequellen zu schaffen, an dem Widerstand der deutschfreisinnigen Partei gescheitert sind. (Abg. Richter: Sehr schmeichelhaft!) Ich konstatire, daß der Abg. Richter, obwohl er nicht in der Lage ist, die Ausgaben des Reichs zu vermindern, sich darüber freut, daß es ihm gelungen ist, die Genirung von Einnahmen zu verhindern und die Last, die wir auf unsere Schultern übernehmen wollten, unseren Kindern zuzuschieben. Würde der Wohlstand, die Einkünfte aus den direkten Steuern nöthig sein? Ich habe, abweichend von der Mehrzahl meiner politischen Freunde im Interesse meines Landestheils gegen die Schugzölle gestimmt. Aber warum war es unbedingt notwendig, auf die Schugzölle einzugehen? Weil Sie die Hand nicht boten, auf dem Wege der indirekten Steuern größere Einnahmen zu gewinnen. Und wären wir, wenn wir ein Freihandelsystem hätten, jetzt in besserer wirtschaftlicher Lage, als wir es sind? Wir wollen doch nicht verzeihen, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitik in der ersten Hälfte der sechziger Jahre unter ganz ungewöhnlich günstigen Verhältnissen arbeitete, und es ist mir sehr zweifelhaft, ob daraus die dauernden Vortheile gezogen worden sind, welche hätten gezogen werden können. Ich erkenne dabei vollständig an, daß, wenn die Leitung der Finanzen in der Hand eines Reichsfinanzministers läge, die Finanzverwaltung viel durchsichtiger und zweckmäßiger würde eingerichtet werden können. Diese Forderung ist indessen eine mehr theoretische, welche an der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes ein Hinderniß findet. Wir können die Entwicklung des deutschen Volkes, wie sie sich in Jahrhunderten vollzogen hat, nicht in 10 Jahren umstoßen. Der tiefgehende Gegensatz zwischen Ihnen (den Freisinnigen) und uns (den Konservativen) ist aber, daß Sie nach abstrakten Theorien sich konstruiren, was das Beste für den Staat sei,

während wir überall fragen, wie die tatsächlichen Verhältnisse, wo die lebensfähigen Reime liegen. Sie konstruiren, wir entwickeln. (Beifall rechts.) Ebenso wenig ferner wie die historische Entwicklung unseres Volkes können wir die geographischen Voraussetzungen unseres Staates ignoriren. Was soll der Hinweis darauf, daß die Amerikaner keine Schulden haben? Liegen die Verhältnisse bei uns nur annähernd so wie in Amerika? Können Sie aus der Welt schaffen, daß wir doppelte Landesgrenzen haben, die wir vertheidigen müssen? Und haben wir gegenüber der Bevölkerungszahl diese ungemessenen Quadratmeilen jungfräulichen Bodens? Alle Voraussetzungen hier und dort sind völlig verschieden. Ich glaube also, daß wenn die Leitung der Geschäfte in den Händen der deutschfreisinnigen Partei läge, das deutsche Volk sich dabei nicht besser stände, als es jetzt steht. Wir wollen doch bei allen Klagen über die heutige Lage nicht vergessen, daß wir 15 Jahre Frieden in Deutschland haben. Wir haben in dieser Zeit nicht nur im Inlande den Frieden erhalten können, sondern es ist, nicht ohne wesentliche Mitwirkung Deutschlands und der Männer, die an der Spitze stehen, gelungen, auch in Europa den Frieden zu erhalten; und derjenige Theil unseres Staats, der uns das meiste Geld kostet, der Etat des Militärwesens, ist ein sehr wesentliches Moment dafür gewesen, daß dieses Ziel erreicht ist. Ich bin überzeugt, daß auch die Freisinnigen an denjenigen Ausgaben, die für das Wohl des Landes notwendig sind, nichts werden streichen wollen und können. Ich freue mich, gestrige Aeußerungen des Abg. Richter dahin deuten zu können, daß die starken Mehrforderungen der Militärvorlage einem absoluten Nein jener Herren nicht begegnen. Ich habe mich ferner darüber gefreut, daß der Abg. Richter ausdrücklich hervorgehoben, daß seine Partei trotz ihrer Opposition in vielen Fragen keinen Zweifel darüber lassen wolle, daß sie nicht gewillt sei, von dem Boden, den Deutschland zur Zeit befißt, in irgend etwas fortzugeben. Ich halte es für gut, daß das Ausland wisse, daß in diesem Punkte das deutsche Volk und der ganze Deutsche Reichstag einig ist. Daß in Einzelnen auch beim Militärwesen manches gepart werden kann, will ich durchaus nicht bestreiten. Ich habe im Militäretat manchen alten Bekannten gefunden, dem ich früher nicht habe zustimmen können und dem ich wahrscheinlich auch in diesem Jahre nicht zustimmen kann, wenn nicht neue Momente dafür vorgebracht werden. Es kann auch fraglich sein, ob es notwendig sei, die Ausgaben für die Hochseeflotte zu erhöhen und für das physikalisch-technische Institut eine solche hohe Summe auszugeben; wir werden namentlich zu erwägen haben, ob die Ausführung dieser Dinge nicht billiger möglich ist. Neu in dem Etat ist, daß man für die Bemessung der Höhe gewisser Ausgaben gewisse Grundzüge zu gewinnen versucht. Ich halte den Gedanken für durchaus gesund; auch in andern Staaten wird ähnlich verfahren. Am allermeisten ist dies bei der Marine geeignet. Es ist zweckmäßig, die Unterscheidung zwischen Ersatzbauten und Neubauten fallen zu lassen und eine gewisse Summe zu vereinbaren, die man in 5 Jahren für den Bau von Schiffen zu bewilligen gedenkt, da infolge der fortschreitenden Technik bei einem einzigen Ersatzbau nicht immer ein Schiff derselben Art gebaut wird. Ebenso bei anderen Bauten. Ich denke mir die Sache nicht so, daß man an Stelle der bisherigen Einzelforderungen eine Pauschsumme einstellt, sondern daß zwischen den verbundenen Regierungen und dem Reichstage bezw. der Verwaltung und der Budgetkommission eine Verständigung darüber erfolgt, daß man mit annähernder Sicherheit unter normalen Verhältnissen darauf rechnen kann, daß für Bauten einer bestimmten Kategorie in dem nächsten Jahre eine bestimmte Summe bewilligt wurde; die Prüfung des einzelnen Bauprojektes müßte aber nichts desto weniger der Budgetkommission vorbehalten bleiben. Der Abg. Richter hat sich im vorigen Jahre zu meinem Bedauern gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Ich glaube aber, wenn die einzelnen Positionen jählich zur Bewilligung gestellt werden, und nur Verständigung darüber erfolgt ist, wie weit man in Bemessung der Summen wahrscheinlich geben wird, so steht das Budgetrecht nicht in Frage. Jedenfalls kann nun die Thatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß die Einnahmen den Ausgaben nicht entsprechen. Das Börsensteuer-gesetz hat den erhofften Betrag nicht gebracht, weil die Kontrolle, die wir wünschten, von der Mehrheit nicht angenommen wurde. Von den Einnahmen aus den Kornzöllen hatte man gleichfalls größere Erwartungen gehabt; aber auch 30 Millionen sind doch keine kleine Summe. Zudem glaube ich, daß der Kornzoll im Lande nicht empfunden wird; ich halte ihn für einen reinen Finanzzoll und ihn als solchen aufzugeben bin ich durchaus nicht gewillt. Aber auch, wenn er als Schugzoll wirkte, würde ich ihn nicht aufgeben, so lange wir Schugzölle auf die übrigen Produktionszweige haben. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, Ihnen in der letzten Session der Legislaturperiode meinerseits neue Steuerprojekte vorzuschlagen, die ich ja nicht durchzuführen im Stande bin. Ich glaube aber, daß die Ueberzeugung kommen wird, daß wir eine Vermehrung unserer Einnahmen ins Werk setzen müssen, weil unsere Ausgaben nicht wesentlich herabgesetzt werden können; und es giebt dafür kein Gebiet als das der Konsumsteuern, welche auch anderen Ländern sehr erhebliche Erträge liefern. Zum Schluß bitte ich Sie: lassen Sie uns, ohne uns gegenseitig vorzuwerfen, wie wir in der Vergangenheit gestimmt haben und auszumalen, wie dieses oder jenes hätte besser gemacht werden können, an die Aufgabe, die uns überwiesen ist, herantreten, um nach bestem Wissen und Gewissen zu berathen und zu beschließen, was für das Wohl des Landes erforderlich ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Huene (Zentrum). Was die Ausgaben des vorgelegten Etats angeht, so haben wir uns so weniger Veranlassung, jetzt schon darüber definitive Betrachtungen anzustellen, als ja der Etat in dieser Beziehung seine richtige Gestalt erst gewinnen wird, nachdem der Reichstag zur Militärvorlage Stellung genommen hat. Mit jedem Jahr bedeutsam, aber nicht angenehm bedeutsam, tritt der Umstand hervor, daß wir stets in die Lage kommen, neue feste Ausgaben zu bewilligen, während die gegenüberstehenden Reichseinnahmen in keiner Weise durch ihre Veranschlagung frirt werden können. Das hat denn auch dazu geführt, daß gestern wie heute die Frage der Bülle einer eingehenden Besprechung unterzogen worden ist. Mit Herrn Hasenclever und seiner Partei über die Zollfrage eine Verständigung zu suchen, darauf müssen wir von vornherein verzichten. Aber auf die Aeußerungen der übrigen Redner muß ich zurückkommen. Gestern ist ausgeführt worden, daß die Getreidezölle in keiner Weise den im vorigen Jahre daran geknüpften Erwartungen entsprochen hätten, und sofort hat man sich beeilt, die nöthigen Entschlüsse daraus zu ziehen. Der Finanzminister hat die Getreidezölle gestern als Schugzölle begrüßt, Herr v. Malsbahn stellt sie heute als reine Finanzzölle dar. Wir halten die Frage nicht für reif. Unmittelbar vor der Zeit, wo die Bülle in Wirksamkeit traten, haben wir eine Masseneinfuhr gehabt. Damit ist das Kaufbe-

dürftig des Innenlandes auf gewisse Zeit befriedigt und das Verkaufsbedürfnis des Auslandes ein geringeres geworden. Aus diesen getheilten Bedürfnissen setzt sich aber die höhere Einfuhr zusammen. Man ist bemüht, wie wir aus den Zeitungen wissen, den Zoll durch Ermäßigungen der Tarife und sonstige Einrichtungen zu überwinden. Es scheint auch beinahe, als ob die Angaben der statistischen Monatshefte in den letzten Monaten eine Zunahme der Einfuhr gegenüber der des vorigen Monats konstataren, während sie bis Juni noch ein Minus ausgewiesen haben. Man sollte daher das Urtheil über den Effect der Getreidesölle sich mindestens noch ein Jahr aufheben. Ich persönlich war mit von Anfang an darüber klar, daß die Zollermäßigungen erst nach mindestens zwei Jahren sich den neuen Verhältnissen angepaßt haben würden, daß also auch die Ueberweisungen aus denselben sich keineswegs in den ersten paar Jahren sicher fixiren lassen. Sollte die Anschauung des Finanzministers Recht behalten, daß diese Finanzölle als Schutzzölle in dem Sinne wirken, daß für unsere Landwirtschaft annehmbare — nicht exorbitante — Preise vorhanden sind, dann verachte ich gern auf höhere Ueberweisungen, denn eine solche Wirkung wäre für das Land eine größere Wohlthat, als ein Mehr von ein paar Millionen an Ueberweisungen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Richter wiederum auf die wenig erfreuliche Verquickung der Reichs- und Einzelstaatsfinanzen verwiesen (Widerspruch des Abg. Richter) — das Wort Verquickung ist oft gebraucht, und es wird offenbar damit eine Kritik geübt, ein Tadel ausgesprochen. Ich bitte doch, sich zu erinnern, daß neben der politischen Bedeutung dieses Verhältnisses auch die recht schätzenswerthe Eigenschaft eines Barometers ihm beizumessen, indem wir jedes Jahr von Neuem dadurch vor die Frage gestellt werden: Wie sieht unser Staatsbudget in Folge der Matricularbeiträge? Ohne dies würde man viel leichter an Bewilligungen herantreten; dagegen, daß zu viel bewilligt wird, ist dies der beste Schutz; und es würde zu viel bewilligt werden, wenn Alles bewilligt werden würde, was die Regierungen vorschlagen. Da es nun nicht möglich ist, die Ausgaben weiter herabzudrücken, so bleibt für uns immer die wichtigste Frage: Wo finden wir die Deckungsmittel? Wo wir sie suchen, ob im Reich oder in den Einzelstaaten, ist eine Frage der steuerpolitischen Zweckmäßigkeit. Eine derartige Trennung der Einnahmequellen des Reichs von denen der Einzelstaaten, wie sie durch die Ausführungen des Staatssekretärs durchleuchtet, kann ich immer nur von neuem als unberechtigt zurückweisen. Eine solche Trennung giebt es nicht; es liegt in der Zweckmäßigkeit, daß ein Theil vom Reich, ein anderer von den Einzelstaaten aufgebracht wird, und so wird es bleiben, so lange das Reich besteht. Nun hat Herr Richter auch in sehr bewegtem Tone sich darüber beschwert, daß seine Partei in der Presse ob ihrer Haltung gegen die Vorschläge der Regierung übel verunglimpft würde. Wir im Centrum sind an derartige Behandlung länger gewöhnt als Herr Richter; für Jemand, der so thöricht ist, zu glauben, daß diese Parteien unterminirende Politik treiben, empfinden wir Mitleid, für die Andern, die gegen besseres Wissen solche Anschauungen aussprechen und verbreiten, habe ich das Gefühl der Verachtung. (Lebhafter Beifall im Centrum); so schöner Worte, wie sie der Abg. Richter gestern gebrauchte, halte ich diese Sorte von Leuten nicht werth. Die verbündeten Regierungen schieben nun die ganze Schuld dafür, daß den größeren Ausgaben nicht auch die größeren Einnahmen zur Seite gestellt werden können, dem Reichstage zu; hier liegt das Unzulängliche, sagt der Minister. Diese Anschauung ist formell berechtigt, materiell aber nach dem Ergebnis der Verhandlungen in der Branntweinsteuer-Kommission absolut unberechtigt, das haben von Benda und v. Maltzahn merkwürdig illustriert. Die größte Anomalie dieses Etats besteht darin, daß man vom Reichstag die Anerkennung der Ausgaben verlangt, über die Deckungsfrage aber gar nicht mit ihnen zu verhandeln, sondern sich dieselbe bis zu den Wahlen aufsparen will, wo das Volk hoffentlich zur Vernunft gekommen sein werde. Ich hätte mit solchen Auffassungen diesen Reichstag gar nicht einberufen, sondern ihn einfach aufgelöst und versucht, einen Reichstag zu gewinnen, mit dem ich gleichzeitig über die Neuverordnungen und ihre Deckung verhandeln konnte. Halte ich den Standpunkt der Regierung mit den Worten des Staatssekretärs zusammen, so heißt das: die verbündeten Regierungen verharren auf ihren Monopolvorschlägen, mit ihnen wollen wir bei einem neuen Reichstage von Neuem vorgehen. Ich glaube, wir können die Regierungen einladen, mit dieser Wahlparole vor die Nation zu treten und ruhig abzuwarten, wie viel Leute sich unter der Fahne sammeln. Eine andere Bedeutung kann diese Haltung nicht haben, nachdem für eine höhere Besteuerung des Branntweins von einer so großen Majorität die Bereitwilligkeit ausgesprochen ist und es sich nur noch um den Modus handelte. Wenn die Monopolvorlage wieder kommen sollte, werden diejenigen von uns, welche dann in dem neuen Reichstag noch sitzen werden, ihr ebenso wie früher Widerstand leisten. Wir halten die Entwicklung der Staatsmonopole für den moralischen und politischen Ruin der Nation, als deren Erben dann diejenigen auftreten werden, in deren Namen Herr Hasenclever heute gesprochen hat. Von uns also dürfen Sie eine Unterstützung der Monopole nicht erwarten. Für die Stellungnahme zum Etat selbst möchte ich mir zwei Aeußerungen zu Rufe machen, die eine des Staatssekretärs, man möge doch eingedenk sein, daß die Bewilligungen nicht den Regierungen, sondern dem Lande und der Nation gemacht würden, die andere des Herrn von Scholz, daß kein Grotesken im Etat stehe, der nicht zuvor vom Reichstag bewilligt sei. Ich ziehe aus beiden den Schluß, daß wir verpflichtet sind, in diesem Etat keinen Grotesken zu bewilligen, von dem wir nicht überzeugt sind, daß er nicht den verbündeten Regierungen, sondern dem Lande und der Nation bewilligt wird. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Graf v. B. Behrenhoff: Unsere Finanzlage könnte und müßte besser sein, aber sie ist nicht trübsal. Die Anforderungen an das Reich, die Ausgaben für Armee und Marine steigen und können nicht gut bemängelt werden. Viel bedenklicher ist, daß die Einnahmen nicht entsprechend gestiegen sind; doch hat auch dies nicht so große Bedenken, da dies hauptsächlich durch das Zurückbleiben der Börsensteuer und das Mindestträgern der Zuckersteuer verursacht ist. Die Börsensteuer wurde, als man noch keine Erfahrung über ihren Ertrag hatte, zu hoch veranschlagt, vielleicht liegen auch andere Gründe für den geringeren Ertrag vor; aber es ist anzunehmen, daß er sich für die Zukunft bessern wird. Beim Zucker ist es ebenso, die Ausfälle werden ausbügeln und an ihre Stelle in Folge der neuen Besteuerung eine Einnahme treten, die das Ordinatum der Ausgaben deckt. Eine Erhöhung der Matricularbeiträge erscheint übrigens bei der durchaus nicht ungünstigen Finanzlage der Einzelstaaten nicht bedenklich. Speziell Preußen hat ja eigentlich gar keine Staatsschulden, es hat in den Eisenbahnen einen Rest, der ihm die Aufnahme von Anleihen gestattet, ohne die Erfüllung seiner Amortisationspflicht bezüglich der Eisenbahnschuld unterbrechen zu müssen. Läge Alles gut und glatt in der Welt, so könnte man mit dem Etat, wie er vorliegt, auskommen versuchen; aber die Weltlage ist bedenklich, daher die Militärvorlage, die nicht abzulehnen sein wird. Auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung muß fortgefahren werden, und die verlangt neue Mittel. Ich halte die Invaliden- und Altersversorgung der Arbeiter nicht für unausführbar; denn so gut wie jetzt die alten Leute leben und untergebracht werden, so kann es auf bessere und den Arbeitern mehr entsprechende Weise geschehen. Kleine Ersparungen im Etat sind wohl möglich, z. B. bei den Bauten. Ob die Kommandozulage bewilligt wird, ist zweifelhaft. Zu sehr sollte der Staat allerdings bei den Bauten nicht sparen zu einer Zeit, wo die Gewerbetätigkeit nicht besonders rege und das Bauen so billig ist, da auch das

Geld so billig ist. Die Lage der ländlichen Arbeiter ist freilich besser als früher und die Nachfrage größer als das Angebot. In der städtischen Industrie mag es anders sein, doch sind alle Bedürfnisse, z. B. Kleider, billiger und Brot nicht theurer geworden. Im Namen der Reichspartei darf ich sagen: es müssen Mittel geschafft werden zur Vermehrung der Preisenstärke der Armee und zur Fortführung der sozialen Gesetzgebung durch Ausbildung des indirekten Steuerwesens. Zunächst ist der Branntwein höher zu besteuern und vielleicht der Zuckern wieder aufzunehmen, wo er zuletzt fallen gelassen wurde; sodann ist der Zucker wieder in Angriff zu nehmen, falls das neue Gesetz den erwarteten Effect nicht hat. Man sagt uns, der Branntwein sei von uns aus agrarischen Rücksichten nicht entzogen und zur Besteuerung herangezogen worden. Ich glaube, daß wir, oder richtiger die Landwirtschaft bereit ist, jede agrarische Rücksicht fallen zu lassen, wenn es sich um Bereitstellung der erforderlichen Mittel handelt, mit Hintansetzung des eigenen Interesses. Was zur Sicherheit Deutschlands nothwendig ist, muß und wird bewilligt werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rosciuski: Nach der Gestaltung des Etats hat es nicht den Anschein, als ob die Finanzlage in absehbarer Zeit sich zum Besseren wenden werde; die Ausgaben weisen wiederum eine beträchtliche Erhöhung auf. Die Anleihe schraubt den Zinsbetrag für die Reichsschuld hinauf, und dabei sind die Zustände, wie ich trotz Herrn Grafen Behr behaupte, trübsal. Mit Schmerz empfindet das Volk die unmittelbare Wirkung des Zustandes, der von ihm immer stärkere Leistungen, immer höhere Steuern verlangt. Meines Erachtens ist die Hoffnung der Thronrede, daß Neuwahlen eine minder oppositionelle Majorität finden lassen würden, illusorisch; das Volk will, daß es besser geht, und mit den Lasten wächst auch die Opposition und zwar nicht immer die gemäßigtere. Das Volk ist unzufrieden, und was bedenklicher ist, mit vollem Recht. Wie steht es denn mit den drei Postulaten des Reichslanzlers aus? Die Finanzen sind bezüglich schlecht, das Volk sehr unzufrieden; ob sich dabei ein starkes Heer dauernd nicht aufrecht erhalten lassen, das glaube, wer kann! Wenn nun schon das deutsche Volk so unzufrieden ist, was sollen wir Polen dazu sagen, die wir uns in die Lage gezwungen sehen, an den Lasten des Staatswesens theilzunehmen, die Vortheile desselben aber entbehren zu müssen? Wir empfinden doppelt das Weh dieser Lage, weil bei uns zu der politischen Ohnmacht auch die ökonomische Lähmung hinzutritt und dazu das Berufsleben rege wird, unter einer Nothlage zu leiden, die wir nicht verschuldet haben. Ein deutscher Reichsbürger kauft schwer unter dem Druck der wachsenden Staatslasten, aber seine Söhne dürfen doch wenigstens dem Staate dienen, sie werden in den Schulen vielfach auf Staatskosten zu tüchtigen Leuten herangebildet, sein Recht wird ihm in seiner Muttersprache gesprochen — alle diese und viele andere Vortheile helfen ihm über das Mißbehagen hinweg, den größten und besten Theil von den Früchten seiner Arbeit an den Staat abgeben zu müssen; er steht frei, sicher, geachtet da. Wie anders die Lage eines polnischen Staatsangehörigen des Deutschen Reichs! Gleichberechtigt ist er nur im Zahlen, mancher Beruf ist ihm verschlossen, seine Gegenleistung bietet ihm der Staat, wie den anderen. Bei der Aushebung zum Kriegsdienst wird er von seinen Landsleuten getrennt, in entlegene Gegenden verbracht. Und eine Verfügung solchen Inhalts erläßt der Kriegsminister zu derselben Zeit, wo er die Volkvertretung um Mehrbewilligungen angeht! Und alles das, weil wir „Reichsfeinde“ sind. Ein gar zu bequemes Stedenpferd, diese „Reichsfeindschaft!“ Wir wissen, daß aus jeder Bewilligung eine neue Waffe gegen uns geschmiedet wird. Gleichwohl werden wir den gesammten Etat objektiv und ehrlich prüfen, das Zweckmäßige bewilligen und ihnen so ein Vorbild geben, wonach Sie sich bei der Prüfung unserer guten Rechte richten können.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Redner hat der Militärverwaltung gewissermaßen einen Akt der Grausamkeit vorgeworfen, indem er gesagt hat, den zum aktiven Dienst berufenen Mannschaften aus den polnischen Landestheilen würde nun auch noch der letzte Trost geraubt — meine Herren, halten Sie das Wort „der letzte Trost“ fest, wenn ich bitten darf — indem sie aus ihrer Demuth fort und zum aktiven Dienst in Regimentern gestellt würden, welche in anderen Landestheilen ständen. Zunächst ist es eine bekannte Erfahrung, daß eine große Anzahl polnischer Arbeiter freiwillig in andere Landestheile sich begeben, ohne zu glauben, sich damit des letzten Trostes zu berauben. Sodann frage ich weiter: ist es eine Grausamkeit, eine Verraubung des letzten Trostes, wenn junge Männer von mehr als 20 Jahren, die also nicht mehr an der Mutterbrust liegen (Weiterkeit), oder der unmittelbaren Einwirkung ihrer Väter und Mütter bedürfen, um drei Jahre etwa aus der Gegend von Breschen in die Gegend von Koblenz verpflanzt werden? Ich glaube, daß Niemand ein Recht hat, sich über eine derartige Maßregel zu beklagen. (Weiterkeit und Beifall.)

Abg. Grad: Die Nachricht einer Erhöhung der Reichsausgaben ist auch in Eisack-Vorbringen nicht willkommen. Wir hegen die Hoffnung auf größere Zuschüsse vom Reich, um durch Meliorationsunternehmen der Landwirtschaft aus der Noth zu helfen. Anstatt besserer Zuschüsse aus den Reichseinnahmen von den Rällen stehen wir vor einer Erhöhung der Matricularbeiträge. Wir bedauern es in Eisack-Vorbringen lebhaft, daß man uns das Tabakmonopol, das sich in Frankreich bewährt hat und noch bewährt, indem es bei verschwindender Belastung sehr hohe Beträge abwirft, genommen hat. Der Landesauschuss hat sich leithin bestimmt für das Tabakmonopol ausgesprochen und würde auch einer höheren Branntweinsteuer zustimmen, am liebsten in der bewährten französischen Form. Auch die Linke sollte diesen Weg betreten, nachdem sie gestern durch Herrn Richter sich für die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und damit für höhere Ausgaben erklärt hat.

Abg. Richter: Der Abg. Richter hat gestern nicht ein Wort gesagt, was nur entfernt zu der letzten Bemerkung des Redners Anlaß gab. Wir haben uns absichtlich enthalten, bei dieser Debatte über unsere Stellung zur Militärvorlage ein Wort zu verlieren nach der einen oder anderen Seite, aus dem einfachen Grunde, weil, nachdem das Haus die Debatte über die Militärvorlage getrennt hat, wir annehmen mußten, daß es nicht getathen sei, die Debatte über eine so schwerwiegende Frage in diese Budgetdebatte hineinzuziehen. Es wäre unangebracht, diese Frage mit einzelnen Worten andeutungsweise zu behandeln, es sei denn, daß wir wie die nationalliberale Partei von vornherein entschlossen wären, ja zu sagen. Der Abg. v. Maltzahn hat dem Abg. Richter vorgeworfen, er habe sich über die Behandlung seiner Partei in der offiziellen Presse beklagt und die Minister v. Buttflamer und v. Scholz dabei ebenso schlecht behandelt. Herr v. Maltzahn hat einen wesentlichen Unterschied nicht erkannt. Woraüber wir zu sagen ein Recht haben, ist, daß in jener Presse unser Charakter angegriffen wird, unsere Ansichten, unser Patriotismus verdächtigt und in Frage gestellt werden. Der Abg. v. Maltzahn hat die Frage aufgeworfen, ob es denn anders sein würde, wenn ein Regierungssystem im Sinne unserer Partei in den letzten Jahren zur Geltung gekommen wäre. Ich antworte: es würde wesentlich anders sein. Die Eisenbahnen würden vielleicht nicht verstaatlicht sein; wir würden dann mehr amortisiren, als es gegenwärtig geschieht. Die Privatgesellschaften würden in ihrem eigenen Interesse gezwungen sein, wie früher das System der Tarifermäßigungen weiter auszubilden, während jetzt dafür eine Stagnation eingetreten ist. Wäre ferner das gemischte System bestehen geblieben, so würde eine Entwicklung des Sekundärbahnwesens eingetreten sein, an welche das bischen Sekundärbahnbaun nicht entfernt herantreibt. (Weiterkeit rechts.)

Denn es sind nur die Sekundärbahnen ausgebaut, welche die Privatgesellschaften kurz vor der Verstaatlichung projektirt haben. Und wenn wir keine Dampfersubventionen hätten? Dann würde die Hamburger Gesellschaft nach Australien fahren, und wir wären nicht in der Lage, aus den Taschen unserer Steuerzahler Zuschüsse zu bezahlen, damit die Engländer billiger als früher nach Australien ausführen. Wir würden ferner nicht Zuschüsse dafür zahlen, daß China und Nordamerika billiger mit einander verkehren. Wir würden die Kolonialpolitik nicht haben. Wir würden auch den Rückzug nicht nöthig gehabt haben in Bezug auf die Korolinen-Inseln, und wir brauchten uns dem Schiedspruch des Papstes nicht zu fügen. Wir ersparten dann jene große Erschütterung des Erwerbslebens, die Störung des Handels, des Vertrauens, welche die spanische Krisis im vorigen Jahre hervorgerufen. Wir würden nicht Angra Pequena besigen, und mancher Herr würde 100 000 M. geparkt haben, die er jetzt ausgiebt als Mitglied der südafrikanischen Gesellschaft. Die Kriegsmacht Deutschlands würde nicht im Mindesten geringer sein, aber die Lasten im Frieden, und wir hätten nur eine zweijährige Dienstzeit in der Infanterie. Sie sagen, wenn wir mit einer solchen Forderung kämen, so würde es das Volk zurückweisen. Wenn die Regierung ein solches Gesetz durchführen wollte, so würde das Volk nur solche Abgeordnete wählen, die damit übereinstimmen, und es würden dann viele Konservative sagen, eigentlich haben wir auch immer geglaubt, daß die zweijährige Dienstzeit das Richtige sei und wir haben es nur nicht opportun gefunden, es öffentlich zu thun. Wir würden allerdings in Schärfe darauf gedrungen haben, Manches abzuschaffen, was nun besteht, weil es einmal bestanden hat und nur aus der Tradition und formell gerechtfertigt ist. Was die Zuckersteuerpolitik anbelangt, so würde es auch hier von Hause aus viel günstiger gewesen sein. Haben wir nicht bereits 1878/79 hier aufgefördert, in erster Reihe die Zuckersteuer zu reformiren und die Ausfuhrprämie herabzusetzen? Wir würden damit angefangen haben, auch die Branntweinsteuer zu reformiren. Die Einführung der Fabriksteuer würde es ermöglicht haben, den Branntwein billiger zu produziren und trotzdem den Branntwein nicht theurer zu verkaufen als jetzt. Wir würden Handelsverträge abgeschlossen haben, wir würden ferner vor einer Ueberproduktion bewahrt worden sein, wie sie sich jetzt in der Eisenindustrie zeigt. Wir würden nicht zugeben haben, daß sich Koalitionen der einzelnen Industriellen bilden, um ihre Schienen theurer zu verkaufen, damit das Ausland aus deutschen Werken die Schienen billiger bezieht. Wir würden es auch nicht für national gehalten haben, dazu mitzuwirken, daß England in der Form der Ausfuhrprämie den Zucker billiger bezieht. Aber worauf ich das Hauptgewicht lege, wir hätten nicht jene Fluth von Steuerprojekten und Monopolen, die fortgesetzt das Land beunruhigen, gehabt. Das Erschließen und Erhalten des Unternehmungsgeistes, welche es verhindern, daß das im Lande befindliche Kapital fruchtbar wird, ist eine wesentliche Folge dieses Mißtrauens und der Einschränkung durch fortgesetzte neue Steuerprojekte. Die Bezeichnung, daß diese ganze Gesetzgebung wesentlich von dem Willen des einzelnen Mannes abhängt, der Umstand, daß je nach dem er heute diese, morgen eine andere Theorie vertritt, das ganze Erwerbsleben in Frage kommt, hat unsere Deressen verschuldet. Ich meine, daß derjenige, welcher sich einen unbesorgenen Blick bewahrt hat, sich dem Gedanken nicht verschließen kann, schlechter als jetzt in Deutschland hätte es unter einem anderen Regierungssystem auch nicht sein können. Herr v. Maltzahn hätte also besser gethan, eine Parallele nicht zu produziren. (Beifall links.)

Finanzminister v. Scholz: Der Abg. v. Buene hat die Ankündigungsmorte der Thronrede so interpretirt, als ob die verbündeten Regierungen mit dem Reichstag diesmal nur über die Ausgaben verhandeln wollten, und über die Einnahmen mit dem späteren Reichstage. Dies ist verfassungsmäßig nicht zulässig. Art. 70 der Verfassung steht vor, daß, wenn andere Mittel nicht vorhanden sind, die Deckung durch Matricularbeiträge erfolgen soll und muß. Diesen Weg haben auch die verbündeten Regierungen eingeschlagen. Der Abg. Richter hat gesagt, meine Aeußerungen über den Kaufmannsstand seien empörend. Er scheint schon seit gestern Nachrichten aus dem Kaufmannsstande bekommen zu haben. (Weiterkeit.) Ich bin nicht in diesem Falle, aber ich kann erklären, daß es etwas Verächtliches nicht giebt, als zu glauben, ich hätte etwas gesagt, wodurch sich der Kaufmannsstand in seiner Ehre gekränkt fühlen könnte. In welchem Stande befinden sich nicht solche Personen, welche die Steuer zu hinterziehen für etwas Erlaubtes ansehen! Unter der früheren Schacht und Maltzahnsteuer ist immer eine große Reihe von Personen der achtbarsten Lebensstellung in der Verführung gewesen, Defraudanten zu begehen. Ich protestire dagegen, daß meine Worte so entfaßt werden, als hätte ich den Stand beleidigen wollen. Auch in anderer Beziehung muß ich Herrn Richter einen Streich durch die Rechnung machen. Er fühlt das Bedürfnis, im Hinblick auf die künftigen Wahlen mich, und in meiner Person die Regierung, anzugreifen, daß sie sich eigentlich zu den Geschäftsbüchern bekennt hat, und daß auf dem Programm der verbündeten Regierungen das Tabakmonopol steht. Beide Punkte sind durchaus unrichtig. Was die Geschäftsbücher anbelangt, so habe ich gestern erinnert, daß der ursprüngliche Entwurf der verbündeten Regierungen als Sicherungsmittel die Besteuerung der Geschäftsbücher vorgesehen hat. Ich füge hinzu, wenn dies Sicherungsmittel den Beifall des Hauses gefunden hätte, sicher die traurigen Erfahrungen ausgeblieben wären. Soll ich jetzt etwa den Vergesslichen spielen? Ich verleihe in der Regel nicht, was ich gesagt habe. Daraus ist aber kein Schluß zu machen, daß irgend etwas im Werke ist, um die Geschäftsbücher von Neuem vorzuschlagen. An Stelle jenes Entwurfs ist die sogenannte Börsensteuer aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen und ich glaube nicht, daß von Seiten der verbündeten Regierungen irgend wie zu erwarten ist eine neue Vorlage zur Entdeckung der Börsensteuer. Daher ist also bei den Wahlen nichts zu machen. Eine Erklärung über das Tabakmonopol habe ich gestern nicht abgegeben. (Widerspruch links.) Als ich sagte, die Einnahme aus dem Branntwein allein würde alle Zwecke unseres Programms fast vollständig erfüllen, wurde mir zugurufen, „auch aus Tabak“, und auf diesen Zwischenruf habe ich geantwortet: vielleicht werde der Tabak später noch dazu kommen. (Zurufe links.) Ich nehme nicht zurück. In dieser Beziehung habe ich entfernt nicht ein Programm der Regierung angedeutet, was Sie ausspielen wollen. Ich habe mir als ehrlicher Mann gesagt, wozu ich mich immer bekannt habe. Das Bild, welches der Abg. Richter von dem Zustand in Deutschland unter seinem Regime entrollt hat, mag für Mandanten etwas verlockend erscheinen; an die Wahrheit des Bildes glaube wohl aber Niemand; ich brauche bloß an seine Auffassung des Sekundärbahnwesens zu erinnern. Stände Herr Richter an der Spitze der Regierung, er würde vielleicht schneller, als Manche denken, die Maßregeln ins Werk setzen, welche jetzt leider an ihrem Widerstande scheitern, weil er sonst in der allerletzten Frist Fiasco machen würde. Die freisinnigen Blätter würden jubeln über alle diese Schritte und es wäre dann eine Lust, Abonnent der „Freisinnigen Zeitung“ zu sein. (Weiterkeit rechts.) Ich frage schließlich, wie hängen die Zustände Englands mit dem Tabak- oder Branntweinmonopol zusammen? Die Bemerkungen des Abg. Richter haben jedenfalls viel zur Klärung beigetragen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Der Etat trägt sehr bedenkliche Züge, doch will ich nur auf zwei allgemeine Punkte eingehen. Herr v. Scholz hat gesagt über die Schmäherungen gegen die Regierung. Ich möchte ihn bitten, dafür zu sorgen, daß die Organe, über welche die Regierung verfügt, einen schließlichen

Ton anschlagen. Das thun sie jetzt absolut nicht. Er sollte daher seine heutige Rede und die vom 14. Januar d. J. zur Nachachtung an die „Nordd. Allgem. Btg.“ und die kleineren Blätter schicken, welche Parteien und Personen verunglimpfen. Seine Bemerkung gegen meinen Kollegen v. Quene kann ich nicht mit Stillschwigen hinnehmen. Wir haben einen Etat mit größeren Ausgaben vor uns, ferner eine Vorlage mit weiteren Ausgaben. Diese Ausgaben sollen wir bewilligen, über die Einnahmen will sich die Regierung mit dem neugewählten Reichstage verständigen. Das ist eine Methode, die ich nicht verstehe. Die Regierung ist verpflichtet, Ausgaben und Einnahmen zu balanciren. Mit neuen Ausgaben muß sie auch neue Vorschläge bezüglich der Vermehrung der Einnahmen machen und zwar gleichzeitig. Sind wir so, wie uns der Herr Minister geschildert hat, so appellire man an das Land, lasse es aber auch wissen, daß die Ausgaben durch das Branntwein- und Tabaksmopol gedeckt werden sollen. (Zuruf des Finanzministers.) Sie haben Ihre gestrige Erklärung nicht widerlegt. Sie haben gesagt, ich persönlich bin der Meinung, daß das Monopol kommen wird. Das Land mag also wissen, daß dies die Reife ist, welche wir antreten. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Hellendorff: Es ist allerdings ein ungewöhnlicher Zustand (auf: unerhört!), daß wir nur die Ausgaben bewilligen sollen. In diese Nothlage ist aber die Regierung verlegt, nachdem alle ihre Steuervorlagen abgelehnt sind. Wir sollten um so mehr jetzt alle Restriktionen unterlassen und lieber den Weg der Verständigung aufsuchen, auf welchem die Mißstände beseitigt werden können. Bei der Branntweinsteuer soll es sich nach Herrn Richter nur um das Interesse von ein paar hundert Kartoffelbrennern gehandelt haben; in Wahrheit handelte es sich nur darum, 800—1000 Quadratmeilen vor Verdünnung zu bewahren. Herr Richter hat dann sein Programm entwickelt, das wird ihm unvergessen bleiben. Seine Bemerkungen über die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist wahrhaft illustrativ für die Auffassung jener Seite. Bezüglich der Bemerkung über die Uebererschwendung mit Monopolprojekten möchte ich noch eines hervorheben: weshalb sind diese Projekte gekommen? Um zur Fundamentierung des Reichs gute Finanzen zu schaffen. Das ist der Grundgedanke einer hervortragenden Reichspolitik. Unsere Aufgabe ist es, unter Zurückhaltung besonderer Wünsche diesem Gedanken nachzugehen.

Abg. Richter: Herr v. Malgahn wünscht einen vornehmeren Ton für die Debatten. Ich bin gewiß dazu bereit, möchte aber auch ihn ersuchen, darauf zu achten, mit welchem Hohne man uns entgegnet. Es ist ganz natürlich, daß Sie (rechts) jetzt kleinlaut geworden sind mit Bezug auf Ihre Wirtschaftspolitik. Denken Sie aber an die Vorkämpfer, die Sie gegen die Delbrück'sche Politik haben erklingen lassen. Heute ist keine Rede mehr davon. Sie fühlen eine gewisse Beklemmung, weil die goldenen Berge immer noch fehlen. Die Erklärung des Herrn v. Malgahn bezüglich der Branntweinsteuer habe ich ganz genau mit; ich habe nichts ausgelassen. Was später folgt in jener Rede, ist nur eine Ausführung des früheren Gedankens. Noch deutlicher hat sich Herr v. Hellendorff darüber ausgesprochen, daß die Branntweinsteuer in der That nur im Interesse der Branntweinbrenner gemacht werden sollte. (Abg. v. Hellendorff: Im Interesse der östlichen Gegenden.) Eine negative Thätigkeit soll es sein, wenn wir die zweijährige Dienstzeit verlangen. Aber selbst in der „Post“ vladit man in einer Zuschrift für eine Verkürzung der Dienstzeit um drei Monate. Im ganzen Lande hat man die Ueberzeugung, daß die Dienstzeit noch weiter herabgesetzt werden könne. Nun noch einige Worte an den Finanzminister. Er hat hier einen Artikel aus dem „Reichsblatt“ vorgelesen. Ich könnte ihm aus der konservativen Presse eine Menge von Schmähtiteln gegen mich vorlesen. Ich habe jeden Morgen derartige Blätter auf dem Frühstückstisch, die mir zugesandt werden, daraus machen wir nichts, und Sie haben doch Ihre Staatsanwälte, die sich in Bewegung setzen würden, wenn Verdächtigungen Ihrer Persönlichkeit gemacht würden. Herr von Scholz hat einen Artikel hier vorgelesen, aber das ist ein Massenknabe gegen das, was in der Regierungspresse geleistet wird. Gernern Sie sich doch auch daran, daß der Herr Reichszentraler im Herrenhause offen erklärte, daß die Politik des Ministers Camphausen das Land ausgepreßt habe. Herr v. Scholz hat sich weiter gegen meine Bemerkung über die Lotterielotterie gewendet. Es ist aber eine Thatsache, daß mit diesen Herren ein politisches Examen ange stellt ist, daß sie gefragt sind, wen sie das letzte Mal gewählt. Was ich in dieser Beziehung gesagt, war nur der Wahrheit entsprechend. Die Hauptfrage für mich ist aber die: In der „Sächsischen Zeitung“ hatte jemand einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß, daß man sich in Deutschland nur zu büden brauche, um 500—600 Millionen aufzunehmen. Herr v. Scholz meinte, die Ausführungen wären zureichend, man würde 300 Millionen aus dem Branntwein allein herausbekommen. Mit diesen 300 Millionen wolle er das ausführen, was er versprochen habe! Ich bin bereit ihm nachzuweisen, daß er für die von ihm bezeichneten Zwecke 400 Millionen gebraucht. Als ich ihm nun gestern zurief: kommt nicht heraus! Tabak! fuhr der Minister fort: Auch den Tabak werden wir demnächst einer weiteren Besteuerung unterwerfen. Ich habe dem Minister schon gestern gedankt für diese Erklärung, das Land soll wissen, woran es ist. Herr von Scholz erklärte gestern weiter, daß Versprechungen nicht gemacht seien. Das ist nicht wahr. Herr Richter hat unumwunden erklärt, daß Versprechungen gemacht seien und daß deshalb die Verpflichtung zu einer weiteren Entwicklung unserer Steuern bestehe.

Abg. Richter: Ich protestire gegen den Versuch einer Legendenbildung, wie er von den Herren Windthorst und Richter gemacht wird. Den thatsächlichen Vorgang habe ich vorhin auseinandergesetzt. Glauben Sie denn, daß ich, wenn ich ein Wort in der Eile gesprochen hätte, das so gedeutet werden könnte, wie das jetzt geschieht, und wenn ich heute dasselbe richtig stelle, glauben Sie denn, daß Sie dann berechtigt sind, mir etwas anderes zu imputiren? Das ist unter ehrlichen Leuten nicht zulässig. (Große Unruhe links. Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident v. Wedell: Ich möchte den Herrn Minister bitten, Ausdrücke, die beleidigend sind für Mitglieder dieses Hauses, zu unterlassen.

Abg. Richter: Ich bin bereit, der Bitte nachzukommen. Wir hat jede Absicht, zu beleidigen, fern gelegen. Sollte in meinen hypothetischen Worten trotzdem eine Beleidigung gelegen haben, so bin ich bereit, dieselbe zurückzunehmen.

Abg. Windthorst: Nach dieser Erklärung des Herrn Ministers will ich auf seine gestrige Auslassung nicht weiter eingehen. Herr v. Hellendorff findet es natürlich, daß die Regierung bei ihren Ausgaben über die vorhandenen Mittel hinausgeht. Das heißt eine Umkehrung der konstitutionellen Grundsätze. In der sächsischen Verfassung ist es immer so gewesen, daß die Regierung die Steuern, die sie gebraucht, vorschlägt. Wenn sie sich um den Vertreter nicht verständigen kann, so hat sie ein Mittel: den Reichstag aufzulösen. Ich bin erstaunt, daß Herr v. Hellendorff das Verfahren der Regierung in Schutz nimmt. (Lachen rechts.) Mit Lachen können Sie mich nicht widerlegen. Daben Sie denn keine andere Methode? In der Branntweinkommission war das vollständige Material zur Verständigung gegeben, wenn die Regierung sich mit einer beschließeneren Bewilligung zufriedener geben wollte.

Abg. Richter: Ich fordere den Abgeordneten Windthorst auf, mir Thatsachen zu bezeichnen, auf welche seine wiederholte Behauptung sich stützt, daß in der Branntweinsteuerfrage die Verhandlungen von den verbündeten Regierungen ab irato abgebrochen seien. Der Reichstag hat den Ent-

wurf abgelehnt nicht auf Grund irgend einer Erklärung der Regierungen, sondern weil ihm der Entwurf an sich absolut unannehmbar erschien. Ich bestreite, daß vom Reichstag der Regierung jemals eine Offerte von 25 P. gemacht und daß die Regierung erklärt hätte, sie nehme die 25 P. nicht an. Herr Abg. Windthorst spricht immer von den Verhandlungen des vorigen Jahres; es handelt sich um die Verhandlungen dieses Jahres — soweit sollte doch sein Gedächtniß ihn unterstützen. Ueber das, was gestern hier geschehen sein soll, steift sich Herr Windthorst mitzuspinnen und mitzuentscheiden, obwohl er der Sitzung gar nicht beigewohnt hat. Das scheint mir kaum angemessen; ich hätte mich an seiner Stelle in die Debatte gar nicht eingemischt. Ich habe keinen lapsus linguæ zugestanden; aber es war einmal so beschloffen, daß es so ausgenutzt werden sollte, und es wurde so ausgenutzt. Gegen diese Legendenbildung habe ich Einspruch zu erheben.

Abg. v. Roscielski: Ich habe das Material zu meiner Behauptung bezüglich der polnischen Soldaten aus dem Munde des Kriegsministers selbst, der im preussischen Abgeordnetenhaus offen erklärt hat, daß für die betr. Verlegungen politische Rücksichten maßgebend seien. Weshalb der Herr Kriegsminister in diesem Hause weniger offen sein will, weiß ich nicht; ich habe dies Bedürfniß nicht, und deshalb bleibt meine Auseinandersetzung trotz der Entgegnung des Ministers richtig. Der Vergleich mit den freien Arbeitern kann doch unmöglich als stichhaltig gelten. Erstreut bin ich darüber, daß nicht ich, sondern der Kriegsminister diese Maßregel eine grausame genannt hat. Dem Finanzminister bemerke ich, daß ich an das Monopol nicht habe denken können, weil ich die Todten und erst recht die Todtgeborenen ruhen lasse; das Monopol hat keine Aussicht gehabt, von meiner Fraktion unterstützt zu werden. Ich bedauere, dem Finanzminister diese Illusion rauben zu müssen. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff stellt in Abrede, daß er von einer grausamen Maßregel gesprochen habe, er halte die Maßregel, abgesehen von der politischen Seite, für sehr nützlich und erfreulich. Von seinen Ausführungen im preussischen Abgeordnetenhaus habe er nichts zurückzunehmen, vielmehr könne er sie nur ausdrücklich bestätigen. Wenn die deutschen Soldaten aus ihrer Heimath in ferne Garnisonen gebracht würden, so thue keiner von ihnen den Mund auf; sie gingen einfach dahin, wo ihr König sie schicke. So sei es immer in der Armee gewesen, und so werde es auch bleiben! (Beifall rechts.)

Abg. v. Hellendorff: Die Vorlesung über konstitutionelles Recht hätte Herr Windthorst mir wohl ersparen können. Ich habe als Hauptfrage betont, ich möchte nicht, daß in der ungewöhnlichen Lage, in die wir gebracht sind, Tabaksmopol, Auflösung u. s. w. ausgespielt werden als die einzigen Dinge, um die es sich überhaupt noch handelt. Es handelt sich um die Deduktion des Defizits und um die Gestaltung der Branntweinbesteuerung, für die wir die gehörige Form noch nicht gefunden haben, die vielleicht auch in monopolähnlicher, deshalb aber doch vom wirklichen Monopol weit entfernt Form zu Stande zu bringen sein würde. Herr Richter hat mich sowohl bezüglich dessen, was ich über die Brennerien, als auch hinsichtlich des angeblichen Vorwurfs der Vertretung von Börseninteressen gänzlich mißverstanden.

Abg. Windthorst: Ich bin Herrn v. Hellendorff dank schuldig dafür, daß er seine Polemik wesentlich gemildert hat und das Verfahren der Regierung ein ungewöhnliches nennt. Ich wiederhole aber, wir sind nicht dazu da, Wege der Besteuerung zu suchen, sondern zu prüfen, ob die Wege der Regierung die richtigen sind. Wichtig ist doch, daß die Regierung nicht wollte, was wir in der Branntweinkommission anboten; darin liegt gerade der Abbruch. Uebrigens kann ja jeder den vorliegenden Bericht über jene Verhandlungen nachlesen. Ueber meine angebliche Gedächtnißschwäche kann ich den Minister beruhigen, an Schwäche des Gedächtnisses leide ich trotz zunehmenden Alters heute noch nicht. Was der Herr Minister gestern gesagt hat, will er heute nicht so gemeint haben. Wir akzeptiren das gern; es fehlt uns aber immer noch die offizielle Erklärung, daß man nicht mehr auf das unglückliche Tabaksmopol zurückkommen wird. Aus diesen Fehlen wird unzweifelhaft eine neue Beunruhigung für die Bevölkerung entstehen, welche die Monopole ebensowenig will wie wir, die wir in ihnen den Untergang unserer gewerblichen Verhältnisse erblicken! (Lebhafte Beifall im Centrum und links.)

Die erste Berathung des Etats wird hiernach geschlossen und gemäß einem Antrage der Abg. von Benda, Gams, von Quene, v. Malgahn-Gülz und Richter eine Reihe von Kapiteln und Titeln des Ordinariums, sowie das gesammte Extraordinarium, desgl. das Etatsgesetz und das Anleihegesetz an die Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen; der Rest des Ordinariums wird im Plenum zur zweiten Berathung gelangen.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Berathung der Ueberführung der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1885/86; erste Berathung der Militärvorlage.)

Lokales.

Schüsse im Frieden. Zivil und Militär, das sind die beiden Begriffe, die unserem ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Leben eine eigenartige, keineswegs angenehme Signatur aufdrücken. Der Bürger im Waffenrock ist etwas anderes, als der in der Arbeitsbluse, — dieser hat alle Pflichten, jener alle Rechte. Der Kriegszustand, diese unabhärbare Rasse, die bei uns mit viel schärferer Prägnanz hervortritt, als in den Gemeinwesen der alten Ägypter und Indier, hat in unserem Vaterlande Machtvollkommenheiten, denen sich gutwillig keine andere Nation fügen würde, als die deutsche. Man wird sich der ungeheuren Aufregung noch entsinnen, die ganz Berlin durchstobte, als vor einigen Jahren ein Militärposten an der Invalidenfülle auf spielende Kinder, die ihn gehänselt haben sollten, Feuer gegeben und zwei Kinder getödtet hatte. Nicht allzulange Zeit darauf erschog ein Soldat in der Hofenstraße einen Arbeiter, mit dem er absolut nicht in Berührung gekommen war. In den letzten Tagen hat bekanntlich die Schindwache vor der Reichsdruckerei ebenfalls auf eine Person gefeuert und dieselbe nicht unerheblich verletzt. Mehrere Blätter erzählten gestern mit unverkennbarer Genauigkeit, daß auch der militärische Wachtposten vor dem Lazarethgebäude des Noabiter Untersuchungsgefängnisses einen betrunkenen Mann verhaftete und daß er, als sich Publikum anfanmmelte, sein Bajonnet aufpflanzte und „demonstrativ sein Gewehr geladen habe“. Wir glauben, daß die Fälle, die wir hier anführten, genügen werden, um das ganze System zu kennzeichnen. Es geht aus demselben mit sprechender Deutlichkeit hervor, daß der Soldat durchaus daran gewöhnt wird, den „Zivilisten“ als ein ihm feindliches Element zu betrachten, gegen das vorzugehen nicht nur sein gutes Recht, sondern sogar seine Pflicht ist. Es wäre nun eine Thorheit, dem einzelnen Individuum, welches sich als Wachtposten Vergehen gegen das Leben und die Gesundheit der nicht uniformirten Staatsbürger zu Schulden kommen läßt, die Vorwürfe machen zu wollen; der pommerische oder polnische Bauernsohn, der aus seinen ländlichen, beschränkten Verhältnissen heraus in das brausende Getriebe der Weltstadt versetzt wird, kennt keine andere Richtschnur für sein Handeln, als die Auslassungen der Unteroffiziere und der Lieutenants, deren greifbare Resultate schließlich die scharfen Gewehrschüsse mitten in der Reichshauptstadt und mitten im tiefsten Frieden sind. Jedermann, der in seinem Leben in dumpfer Kasernenstube mit der Weisheit eines „gedienten“ Sergeanten beglückt wurde, weiß, wie seltsam sich die Welt

bisweilen in dem Kopf eines solchen Samaschenknopfes wieder spiegelt, und welche trüge Anschauungen daher ungebildeten Rekruten eingeimpft werden. Weshalb stehen überhaupt Militärposten auf den Straßen? Diese Frage ist jedesmal aufgeworfen worden, wenn ein solches Attentat auf die persönliche Sicherheit der Bürger verübt wurde, noch niemals aber ist eine befriedigende Antwort ertheilt worden. In den Segnungen des kleinen Belagerungszustandes gehört es außerdem, daß die Soldaten mit scharfen Patronen ausgerüstet werden. Hat der Schütze noch irgend welche Macht über das Geschöß, wenn er seinen Schuß abgegeben hat? Kann nicht ein ganz Unbeheiligter getroffen werden, während der sogenannte Schuldige entkommt? Wird überhaupt ein militärischer Wachtposten von der großen Masse des Volkes als eine Person betrachtet, der amtliche Befugnisse zustehen, deren Anordnungen man daher unweigerlich Folge zu leisten hat? Und wenn das wirklich der Fall ist, wie ungeheuerlich sind dann die Rechte, die ein Militär hat im Vergleich zu denen, über welche ein gewöhnlicher Exekutivbeamter verfügt! Ein Exekutivbeamter kann einen flüchtigen Arrestanten verfolgen, ihn einholen und so wieder in Gewahrsam bringen; den Soldaten festsetzt die starrte Vorschrift an seinen Platz, aber seine Kugel ist schneller als der leichtsüchtigste Flüchtling, und der Mann, der unter anderen Verhältnissen sein Vergehen mit einer geringfügigen Geldstrafe gefühnt hätte, liegt so mit zermetteten Gliedern auf dem Straßenglaste; er büßt seine Gesundheit ein, vielleicht sein Leben. Wenn den wachpostenden Soldaten ähnliche Rechte eingeräumt sind wie denjenigen Beamten, die für Ruhe und Ordnung auf den Straßen zu sorgen haben, so sollte wenigstens mit unweigerlicher Strenge darauf gehalten werden, daß sie sich in Ausübung dieser Rechte nur in den Grenzen halten, die den Beamten vorgeschrieben sind, und deren Respektirung jeder Staatsbürger, gleichviel wer oder was er ist, verlangen darf. Der zwanzigjährige Kellner, der jetzt mit durchschossenem Bein in der Charite liegt, wurde in den Zeitungen als ein arbeitscheuer, verkommener Mensch geschildert, der von der Polizei gesucht wurde. Wir wissen es nicht, es mag aber sein. Wenn jene Charakteristik zutrifft, so ist es auch wohl möglich, daß er in trunkenem Zustande den Soldaten vor der Reichsdruckerei insultirt hat. Hat aber ein Mensch in jenem Alter, in einem solchen Zustande eine Ahnung von der Tragweite seines Vergehens? Weiß er, daß er seinen „M“, für den auch wir übrigens kein Wort der Entschuldigung haben, mit seinen gesunden Gliedmaßen hühen mußte? Ist es andererseits aber durchaus notwendig, daß die Reichsdruckerei von einem Soldaten bewacht wird, daß gerade dort, wo, wie durch den Proceß Nowalski bekannt geworden ist, die notorische Verbrechermwelt von Berlin in der christlichen Herberge zur Heimath verkehrt, daß gerade dort wie zur Herausforderung für diese Leute ein einzelner Soldat auf dem Trottoir steht? Würde ein Schugmannsposten hier nicht viel erprießlichere Dienste leisten? Vor dem Berliner Rathhaus steht auch kein Militärposten, trotzdem ist dasselbe, soviel wir wissen, noch niemals gestohlen oder nur zu stehlen versucht worden. Die fiskalischen Gebäude allerdings scheinen einen erhöhten Aufwand von Wachsamkeit zu erfordern. Man soll doch die Gebräuche, die vielleicht beim Vorpostendienst von Werth sind, nicht in die Berliner Straßen verpflanzen, wo es keine militärische Vorbeeren zu erobern und keine Orden und Ehrenzeichen zu verdienen giebt, sondern wo nur Unsicherheit und Unglück durch Anwendung der Kasernenzucht und Kriegsmannieren hervorgerufen werden. Wir wünschen, daß die Militärposten überhaupt von den Straßen verschwinden, die dem Steuerzahler zu friedlichem Verkehr offen stehen müssen und daß die Soldaten in ihren Kasernen bleiben. Bis das geschieht, werden wir dagegen protestiren, daß die Straßen Berlins als Schießstände für die Garnison benutz werden.

Schutzregeln für Ertrinkende. Vor kurzem war ein Mann in den Landwehrkanal gefallen oder in selbstmörderischer Absicht hineingesprungen und kämpfte eine Zeit lang mit den Wellen. Hilfsbereite Passanten waren zur Stelle, allein weit und breit war kein Boot, waren keine Rettungsgeräte, wie Bootshaken, Stricke und dergl. aufzutreiben, und ehe man die steile Uferböschung hinabgelangte, war der Unglückliche vor den Augen vieler Zuschauer ertrunken. Die Presse war damals darüber einig, daß in Berlin mit seiner vielerühmten Musterverwaltung für die Möglichkeit der Errettung Ertrinkender absolut nichts gethan würde. Man machte allerlei Vorschläge, die zwar von mehr oder weniger Scharfsinn zeugten, die aber alle daran litten, daß sich kein Mensch, am allerwenigsten der Magistrat um ihre Verwirklichung kümmerte. Nun muß unsere weise Stadtoertretung erleben, daß man ihr in Paris, von wo bekanntlich immer Deputationen kommen sollen, um alles das, was der Magistrat und Herrliches und Vollkommenes bescheert, in Augenchein zu nehmen, bedeutend „über“ ist. Hier bei uns, in der Stadt der Markthallen, des Asphaltpflasters und der Rieselfelder kann immer noch jeder nach seiner Bequemlichkeit ertrinken, wenn nicht irgend ein beherzter Passant einstreift, der dann immer seine Gesundheit, wenn nicht sein Leben aufs Spiel zu setzen gezwungen ist. In Paris ist das anders. Dort bestehen am Strande der Seine Rettungspavillons für Ertrinkende schon seit dem Jahre 1774. 1806 waren bereits 19 Rettungstationen vorhanden, und seit 1875, wo eine Reorganisation derselben vorgenommen wurde, sind 34 Pavillons an beiden Ufern der Seine vorhanden. Dieselben sind aus Stein erbaut und haben eine solche Höhenlage, daß sie selbst beim höchsten Wasserstande außer Gefahr sind. Das Inventar derselben besteht aus einem hölzernen Tisch mit Rückenlehne und Fußstütze sowie verschiedenen Lederkissen; ferner aus einem kufernen Kochapparat, einer Badewanne und Doucevorrichtung, einer wollenen Matratze, Decken, wollenen Reibtüchern, einem Reihkopfpiegel, einem großen Mantel u. s. w. Jede Station ist mit der Centralstation des Arrondissements telegraphisch verbunden; in der Nähe liegt immer ein Kahn bereit. In der Wache lösen sich Tag und Nacht drei Beamte ab; immer dieselben, welche in der sachgemäßen Behandlung Ertrunkener besonders ausgebildet sind. Für die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit dieser Rettungs-Pavillons sprechen mehr als alle Andern ihre Erfolge. Wie wir dem „Journal d'hygiène“ entnehmen, wurden von 1875 bis 1885 in diesen Rettungshäuschen 1262 Ertrunkene behandelt; von diesen wurden 1188 Menschen (gleich 94 Prozent) wieder ins Leben zurückgerufen. — Die Kosten ähnlicher, gemeinnütziger Einrichtungen für Berlin dürften bei Weitem nicht die Höhe derjenigen Geldsummen erreichen, welche vom Magistrat in letzter Zeit ziemlich häufig für bloße Repräsentationen ausgegeben worden sind, ohne daß die große Masse der Steuerzahler auch nur das geringste davon gehabt hätte. Für derartige Zwecke ist immer Geld vorhanden, wenn dasselbe jedoch zu wirklich notwendigen Zwecken verwandt werden soll, fehlt es an allen Ecken und Enden.

Wie rasch werden jetzt Briefsendungen in Berlin bestellt? Um diese Frage praktisch zu lösen, hat einer unserer Berichterstatter sich am Montag Nachmittag Punkt 2 Uhr 30 Minuten fünf Briefe auf ebenso viel verschiedene Weise aus der Nähe des Alexanderplatzes nach seiner im Südwesten Berlins gelegenen Wohnung senden lassen und er theilt uns nun folgendes, gewiß überraschende Resultat mit. Am ersten war — (wenn auch verhältnißmäßig spät) — die Rohrpost zur Stelle. Der Brief, beim kaiserlichen Post- (nicht Rohrpost-) Amt, Königsgraben 2, aufgegeben, traf 1 Stunde 25 Minuten später, und zwar um 3 Uhr 55 Minuten ein. Dann folgte der nächste Brief schon in 1 Stunde und 50 Minuten, also um 4 Uhr 20 Minuten. Der Brief war in den Briefkasten am Bahnhof Alexanderplatz niedergelegt. Die Ablieferung Nr. 3, ein durch die neue „Hansa“ bestellter Eilbrief, erfolgte erst am

anderen Morgen (Dienstag früh) um 7 Uhr 25 Minuten, sie bedurfte also 16 Stunden und 55 Minuten, wobei allerdings die Nachtzeit zu berücksichtigen ist. Ein durch dieselbe Beförderungsanstalt bestellter gewöhnlicher Brief wurde am Dienstag Vormittag 8 Uhr 45 Minuten abgeliefert, und den Schluss bildete die Paketfabrikgesellschaft, welche den durch sie beförderten gewöhnlichen Brief erst am Dienstag Mittag in der Zeit von 11 Uhr bis 13 Uhr, (in welcher der gedachte Bericht-erklatter vom Hause abwesend war und den Brief bei seiner Rückkehr vorkam) zur Ablieferung brachte!

Die Klagen der Ständehallen in den Markthallen über die schlechten Geschäfte mehrten sich von Tag zu Tag; wer diese Thatsache bestreitet, kennt die Verhältnisse nicht. Die einzigen guten Tage sind der Mittwoch und der Sonnabend und auch dann steht der Umsatz in gar keinen Vergleich zu früher. Schon ein einziger Gang durch die Markthallen an den übrigen Wochentagen liefert untrügliche Beweise für den schlechten Geschäftsgang; hier und da sieht man die Waaren in den Ständen verrotten und ohne Befleger, denn — wie Anfragen uns belehrten — halten sie es gar nicht der Mühe für werth, wegen des schlechten Geschäftes zu kommen. Und wie sehr sind nun erst jene kleineren Händler zu bedauern, welche auf den kleinsten Verdienst angewiesen sind und in der jetzt scharfen Luft vom frühen Morgen bis zum späten Abend ausharren müssen! Und wie wird es nun gar erst im strengen Winter werden! Man muß die Klagen dieser armen Leute hören, um sich von ihrer Misere ein richtiges Urtheil bilden zu können. Es giebt Tage, wo Einzelne kaum ein Handgeld erhalten. Sie hoffen alle, wenn das sog. Versuchsjahr vorüber ist, daß eine wesentliche Ermäßigung des Ständegeldes eintreten werde. Trifft eine solche nicht ein, so ist zu gewärtigen, daß im nächsten Jahre sich erhebliche Lücken in den Ständen der Markthallen geltend machen. Ehe die Marktleute sich gänzlich ruiniren, wollen sie lieber von dem Schauplatz ihrer jetzigen Thätigkeit abtreten.

In der Geschäftswelt werden vielfach als Drucksachen offene Karten mit der Bezeichnung „Postkarte“ versendet, welchen auf der Rückseite Preisverzeichnisse oder sonstige geschäftliche Mittheilungen aufgedruckt sind. Die Beförderung derartiger Karten mit der Bezeichnung „Postkarte“ darf zu dem für Drucksachen bestehenden billigeren Portosatz nach einer früheren Bekanntmachung des Reichspostamtes nur einschließlich März nächsten Jahres erfolgen. Wir machen die interessirten Kreise unserer Leser schon jetzt hierauf aufmerksam, da der bevorstehende lebhaftere Weihnachtsverkehr vielfach Gelegenheit bieten wird, etwaige größere Vorräthe solcher Karten zu verwenden.

Es giebt in Berlin fünfundzwanzig bis dreißig täglich erscheinende Blätter und ungenieße viele Wochenblätter, Organe für Sonder-Interessen, Fachzeitschriften und Monatschriften, von deren Existenz das größere Publikum keine Ahnung hat. An der Spitze marschiren eine Anzahl wissenschaftliche Blätter, Archive. Da giebt es ein „Archiv für kirchliche Kunst“, ein „Archiv für klinische Chirurgie“, ein „Archiv für Psychiatrie und Neurokrankheiten“ und ein „Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie“. Die Interessen der verschiedenen Systeme der Stenographie werden durch verschiedene Spezialblätter vertreten. Die klassische Philologie hat eine besondere Zeitschrift, welche sich „Hermes“ nennt. Ueber ein halbes Duzend Theater-Zeitungen, fast alle von Theateragenturen herausgegeben, versehen uns in die Welt der Koulißen und des holden Scheins. Auch die deutschen Militärmusiker haben ihre besondere Zeitung. „Der Klavierlehrer“ nennt sich eine musikpädagogische Zeitschrift. Die Jünger Zahn's können sich auf die „Monatschrift für das Zahnwesen“, außerdem noch auf das „Nachrichtenblatt für den Berliner Zahnrat“ abonniren. „Der Naturforscher“ dient den Interessen der forschenden Wissenschaft. „Der Taubstummenfreund“ wird für jene Unglücklichen herausgegeben, denen Sprache und Gehör verlagert geblieben ist. Die „Unteroffizier-Zeitung“ dürfte mit außerordentlicher Strammheit redigirt werden. Eine Zeitschrift für Numismatik wird von Professor Dr. von Sellen herausgegeben. Handel und Gewerbe haben eine große Anzahl von besonderen Organen. Es seien hier nur genannt: „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, „Allgemeine Tischler-Zeitung“, „Berliner Markthallen-Zeitung“, „Berliner Müller-Zeitung“, „Der deutsche Barbier und Friseur“, „Der deutsche Dachdecker“, „Deutsche Klempner-Zeitung“, „Deutsche Gerber-Zeitung“, „Deutsche Hutmacher-Zeitung“, „Deutsche Uhrmacher-Zeitung“, „Die Konditor-Zeitung“, „Deutsche Seiler-Zeitung“, „Deutsche Schlosser-Zeitung“, „Deutsche Kürschner-Zeitung“, „Deutsche Sattler-Zeitung“ (meist Organe der Innungen gleichen Namens), „Die Ameise“, Organ des Gewerksvereins der Porzellan- und Glasarbeiter, und „Dampf“, Organ für die Interessen der Dampf-Anlagen-Besitzer. „Coiffüre“ ist der Name einer Zeitschrift für Kosmetik und Friseur. Der „Geschäftsfreund“ ist ein Offertenblatt für die gesammte Konfektions-Manufaktur und Textil-Branchen. „Die Küche“ heißt das Fachorgan des Verbandes Deutscher Köche. „La grande toilette des dames“ propagirt die neuesten Einfälle der launischen Göttin Mode. Hat die deutsche Aristokratie ihr besonderes Offertenblatt, so besitzen die Herren Schornsteinfeger ihr „Organ für das Schornsteinfegerwesen“. „Der Rohleger“ schließt sich ihm an. „Der Seifenfabrikant“ wird hoffentlich seinen Lesern nicht zu viel Schaum schlagen. „Ibis“ und „Taub“ sind Blätter der Thierschutzvereine. Die „Taub“ wird von einer adligen Dame redigirt. Die Biene auf dem Wiffensfelde“ nennt sich eine religiöse Zeitung, deren Tendenz durch ihren Titel genugsam hervortritt. Die „Flamme“ ermuntert zur Feuerbestattung. Die „Braut-Zeitung“ und die „Hochzeits-Zeitung“ herabzulesen“ müßten eigentlich von Gott Hymnen gemeinschaftlich mit Amor redigirt werden. Die Freunde des Sports haben eine große Auswahl aller möglichen Organe, von der Jägerzeitung „St. Hubertus“ bis zum „Belogipodipod“, und daß es dem Berliner nicht an Humor fehlt, beweist „Luna“, die Vierteljahrschrift des „Vereins unfröhlicher Rahlköpfe“.

Gegen die Schwindelauverkäufe, deren gemeinschaftliches Treiben wir an dieser Stelle bereits mehrfach gekennzeichnet haben, geht die Polizei in den Provinzen in anerkannter werthvoller und energischer Weise vor. So hat in Brandenburg a. S. die Polizeiverwaltung folgendes kundgethan: „Auch bei hiesigen Gewerbetreibenden ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß man durch Vorgeben eines Ausverkaufs, der durch die verschiedensten Mittel dem Publikum glaubhaft gemacht wird, dem Geschäftskunden zuzuführen sucht. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche solchen Verfahren fernstehen, bezeichnen das- selbe in den meisten Fällen als ein auf Täuschung des Publikums berechnetes. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, derartige Geschäftsmanipulationen einer strengen Kontrolle zu unterwerfen und in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob die in den Anzeigen der Verkäufer in Aussicht gestellten Vortheile auch in ihrem vollen Umfange den Käufern gegenüber erfüllt werden, widrigenfalls der Thatbestand des Betruges und der Täuschung vorliegen würde. Mit Erfolg können wir dem Mißstande aber nur dann entgegenzutreten, wenn dem angedeuteten Geschäfts-gedanken auch seitens des Publikums eine verschärfte Aufmerksamkeit zugewendet wird, und deshalb richten wir an das Publikum das Ersuchen, unsere Verwaltung in der angedeuteten Hinsicht durch Mittheilung einzelner Fälle zu unterstützen.“ — Da jetzt während der Weihnachtszeit die unredlichen Ausverkäufe auch in Berlin wie Pilze aus der Erde wachsen, wäre eine gleich scharfe Kontrolle von Seiten der Polizei und des Publikums wohl angebracht. Es ist schon zu gewöhnlichen Zeiten recht unangenehm, wenn man „hineingelegt“ wird, zum Weihnachtsfest jedoch, wo doch gewiß ein jeder mit gediegenen Sachen aufwarten will, ist ein „Reinfall“ noch viel peinlicher.

Bewegung der Bevölkerung Berlins nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl betrug am 6. November incl. der nachträglichen An- und Abmeldungen 1 357 172, hat sich demnach gegen die Woche vorher um 1919 Seelen vermehrt. In der Woche vom 7. Nov. bis 13. Nov. wurden polizeilich gemeldet 4265 jugendliche, 2566 fortgezogene Personen; standesamtlich wurden 319 Ehen geschlossen. Geboren wurden 849 Kinder, und zwar lebend: 425 männliche, 381 weibliche zusammen 806 (darunter 87 außereheliche), todt 24 männliche, 19 weibliche, zusammen 43 (darunter 11 außereheliche) Kinder. Die Lebendgeborenen, aufs Jahr berechnet, bilden 30,9, die Todtgeborenen 1,6 pro Tausend der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen 11,54 pCt. aller in der Woche Geborenen, davon die bei den Lebendgeborenen 10,79, die bei den Todtgeborenen 25,58 pCt. In der lgl. Charitee und Entbindungs-Anstalt wurden 23 Kinder geboren. Gestorben (ohne Todtgeborene) sind 543, nämlich 294 männliche, 255 weibliche Personen. Von diesen waren unter 1 Jahr alt 151 (incl. 34 außereheliche), 1 bis 5 Jahre 80 (incl. 8 außereheliche), 5 bis 10 Jahre 28, 10 bis 15 Jahre 10, 15 bis 20 Jahre 12, 20 bis 30 Jahre 32, 30 bis 40 Jahre 47, 40 bis 60 Jahre 90, 60 bis 80 Jahre 87, über 80 Jahre 12. Die Sterbefälle beim Alter von 0 bis 5 Jahren machen 42,08 pCt. sämmtlicher in dieser Woche Gestorbenen aus. Von den im Alter unter 1 Jahr gestorbenen Kindern starben 48 im ersten, 17 im zweiten, 24 im dritten, 9 im vierten, 10 im fünften, 13 im sechsten, 30 im siebenten bis zwölften Lebensmonate; von denselben waren ernährt 30 mit Muttermilch, 0 mit Ammenmilch, 60 mit Thiermilch, 2 mit Milchzucker, 34 mit gemischter Nahrung, von 27 war es unbekannt. Todesursachen waren besonders: Lungenschwindsucht (72), Lungenentzündung (41), Bronchialkatarrh (18), Keuchhustenentzündung (12), Krämpfe (34), Gehirnschlag (31), Gehirn- und Gehirnhautentzündung (8), Krebs (25), Altersschwäche (17), Lebensschwäche (26), Abzehrung (17), Malaria (7), Scharlach (13), Diphtherie (30), Typhus (87), Diarrhöe (14), Brechdurchfall (8), an andern Krankheiten starben 173 und durch Selbstmord 5, davon durch Vergiftung 1, durch Erstickung 0, durch Erhängen 4, durch Ertrinken 0. Die Sterblichkeit der Woche auf das Jahr berechnet, kommen durchschnittlich auf 1000 Bewohner in Berlin 21,1, in Breslau 29,7, in Frankfurt a. M. 14,1, in Köln 26,1, in Dresden 22,6, in München 30,6, in Bremen 22,0, in Stuttgart 16,1, in Wien 21,0, in Paris 22,3, in London 17,8, in Liverpool 23,8. In der Woche wurden dem Polizeistadium gemeldet als erkrankt an Typhus 27, an Malaria 127, an Scharlach 80, an Diphtherie 200, an Pocken 3. In den 9 größeren Krankenhäusern wurden in der Berichtswochen 870 Kranke aufgenommen, davon litten an Malaria 5, an Scharlach 13, an Diphtherie 52, an Typhus 13, an Malaria 5. Es starben 121 Personen oder 22,0 pCt. aller in der Woche Gestorbenen; als Bestand verblieben 3646 Kranke.

Polizei-Bericht. Am 29. v. M. Abends nach 10 Uhr, entstand zwischen mehreren Schiffen, welche mit ihren Rähnen hinter dem Grundstück Mühlenstraße Nr. 66-68 angelegt hatten, eine Schlägerei, bei der sie sich der Bootshafen als Waffe bedienten. Hierbei wurden die Schiffer Figner und Gräber nicht unerheblich am Kopf verletzt und letzterer auch ins Wasser gestochen, jedoch alsbald wieder herausgezogen. Am 30. v. M. stürzte sich eine Frau aus dem Fenster ihrer in der Dragonerstraße vier Treppen hoch belegenen Wohnung auf die Straße hinab und erlitt dadurch so schwere innere Verletzungen, daß sie mittelst Krankentragens nach dem Krankenhaus in Friedrichshain gebracht werden mußte. Geistesstörung scheint die Veranlassung zur That gewesen zu sein. — An demselben Tage Vormittags vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Königgrätzerstraße mittelst Juckeräure. — Als um dieselbe Zeit mehrere Zimmerleute auf dem Neubau der Markthalle in der Adlerstraße beschäftigt waren einen Balken fortzutragen, entfiel ihnen derselbe und traf den Zimmermann Bompig mit solcher Wucht am Rücken, daß dieser einen Bruch der Wirbelsäule erlitt und nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Gegen Mittag fiel in der Adalbertstraße der Bierfahrer Niemann von seinem Wagen auf die Straße hinab und erlitt dadurch so schwere äußere und innere Verletzungen, daß er die Hilfe der Sanitätswoche in Anspruch nehmen mußte. — Nachmittags entstand in dem Keller des Neubaus Leipzigerstr. 124 dadurch ein bedeutendes Feuer, daß der Maurerlehrling Hebe, nachdem er aus einem größeren Behälter Gasöl abgefüllt hatte, einen vergessenen Rest desselben anzündete und die entstandene Flamme auch die anderen Vorräthe in Brand setzte. Die Feuerwehr war in Thätigkeit. — Als um dieselbe Zeit ein Mann am Betritt der Straßendamm überstürzt, fiel ihm von einem vorbeifahrenden Rollwagen des Berliner Spediteur-Vereins eine Kiste derartig auf den Fuß, daß er eine bedeutende Verletzung desselben erlitt und sich mittelst Drohsche nach seiner Wohnung begeben mußte. — Gegen Abend gerieth in der Potsdamerstraße eine Frau, als sie unmittelbar vor einem Pferdebahnwagen nach über den Straßendamm laufen wollte, unter die Räder desselben und trug einen Bruch des rechten Unterschenkels davon. — Am Abend verstarb plötzlich in einem Restaurant in der Lützowstraße ein 71 Jahre alter Mann am Schlagfluß. — In der Nacht zum 1. d. M. fiel ein abdachloser Mann von der Burgstraße aus in die Spree, wurde aber wieder herausgezogen und mittelst Krankentragens nach der Charitee gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Ein trauriges Pendant zu dem Verbrechen der 12-jährigen Marie Schneider bildet eine Anklage, welche jetzt beim Berliner Landgericht II gegen zwei eben erst 12 Jahre alt gewordene Knaben, Söhne wohlhabender Grundbesitzer aus der Umgebung Berlins, wegen schwerer Verbrechen gegen die Sittlichkeit erhoben worden ist. Die That ist an zwei ca. 11-jährigen Mädchen begangen, welche nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung als die Verführerinnen anzusehen sind. Die beiden jugendlichen Angeklagten, welche in Untersuchungshaft genommen sind, werden durch den Rechtsanwalt Dr. Rosenstock verteidigt.

Ein Zeuge auf die Anklagebank gestellt. Der „Arbeiter“ Karl Müller hatte sich am Abend des 27. August cr. durch Verlästigung einer jungen Dame eines großen Unfalls schuldig gemacht, und hatte ein anderer junger Mann den fraglichen Vorfall mit angesehen. Da er sich aber weigerte, der beleidigten Dame seine Adresse anzugeben, veranlaßte diese einen herzugekommenen Schuttmann, den Zeugen behufs Feststellung seiner Persönlichkeit zur Wache zu sistiren. Dort wurde er als der Tischlergeselle Auer festgestellt. Wie erkaunte dieser aber, als er einige Zeit darauf ein polizeiliches Strafmandat wegen großen Unfalls erhielt. Selbstverständlich erhob er Widerspruch, und im Termine vor der 94. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts wurde der vorstehende Thatbestand zur Feststellung gebracht. Auf den Antrag des Staatsanwalts wurde der angeklagte Zeuge nicht nur freigesprochen, sondern auch seine Verurteilungskosten der Staatskasse auferlegt.

Aus dem Schiedsgericht für Unfallversicherungssachen in Hamburg. In der am 30. November unter Vorsitz des Herrn Dr. jur. H. Steinthal stattgefundenen Sitzung wurden zwei Berufungen gegen Entscheidungen der Sektion III der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Hamburg verhandelt. Die erste Sache betrifft einen dem Arbeiter M. in den Betrieben der Aktien-Gesellschaft für Farbhölz-Fabrikate in der Billhöfner-Kanalstraße zugefallenen Betriebsunfall. Der Verletzte war am 19. Februar d. J. in dem genannten Be-

triebe mit einem zweiten Arbeiter am Krahn der Dampfmühle mit dem Aufbringen von Stroh aus der Schute an das Land beschäftigt, von wo aus dasselbe dann auf Transportwagen mittelst der vorhandenen Schienengeleise auf die Läger der Fabrik befördert wurde. Als M. und sein Kollege das Holz so weit gehoben hatten, daß sie es mit dem Krahn auf den bereit stehenden Transportwagen herunter lassen wollten, ließen beide Arbeiter irthümlicherweise zu gleicher Zeit die Kurbeln des Krahns los und wurden dieselben von der Last, welche an der Krahnseile hing, in Schwung gesetzt. Das Versehen bemerkend, wollte M. eine Kurbel stoppen, griff zu, gerieth dabei mit der rechten Hand in ein Kamrad des Krahns und erlitt dadurch, obwohl er die Hand glücklicherweise noch rasch herausziehen konnte, eine heftige Quetschung des Zeigefingers. Nach Ablauf der dreizehnten Krankenwoche beantragte der Verletzte bei dem Vorstand der Sektion III der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie die Gewährung der ihm nach dem Unfallversicherungsgesetz für die verminderte Erwerbsfähigkeit zukommenden Entschädigung. Durch die angestellten Ermittlungen erschien dem Vorstande der Berufsgenossenschaft auch erwiesen, daß hier ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes vorliegt, und gewährte dem Verletzten auf Grund § 5 des Unfallversicherungsgesetzes nach Maßgabe des früheren Jahresarbeitsverdienstes von 900 M. 20 pCt. von der vollen Rente, die auf 10 M. pro Monat festgesetzt wurde. Die zugesprochene Entschädigung erschien dem Verletzten aber mit Rücksicht auf seine Einkünfte an dem früheren Arbeitsverdienst als zu gering bemessen, weshalb er die schiedsgerichtliche Entscheidung anrufen und gleichzeitig beantragt hat, die ihm zugesprochene Rente auf 40 M. pro Monat (1/3 von 66 2/3 pCt. von dem früheren Arbeitsverdienste) zu erhöhen. Den höheren Entschädigungsanspruch sucht der Berufsläger dadurch zu rechtfertigen, daß er behauptet, daß die rechte Hand derartig verletzt ist, daß er sie nur in beschränktem Maße zu gebrauchen vermag und auch in Folge dieses Umstandes seine Arbeit verloren hat. Dagegen beantragt die Berufsgenossenschaft die Abweisung der Berufung, da bei Berechnung der Rente das ärztliche Gutachten als Grundlage gedient hat, nach welchem die Erwerbsfähigkeit des Verletzten als auf 1/3 herabgemindert bezeichnet wird. Die Berufung wird als unbegründet zurückgewiesen, da die zugesprochene Rente dem Schiedsgericht als angemessen erscheint. — Der zweite Fall betrifft eine Berufung der Arbeiterin Sch. gegen einen Feststellungsbescheid des Vorstandes der Sektion III der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Während ihrer Beschäftigung in der Pulverfabrik Nettweil-Hamburg in Düneburg an der Stanzmaschine in der Werkstatt, in welcher die Blechflaschenhalse verfertigt werden, kam die Berufungslägerin mit der linken Hand in die arbeitende Maschine, und wurden ihr zwischen dem Ober- und Unterstempel die drei Mittelfinger gequetscht. In Folge der erlittenen Verletzungen wurde die Entfernung mehrerer Fingerglieder notwendig, und glaubte der behandelnde Arzt die Verletzte als Halbvalide bezeichnen zu müssen. Nach Ablauf der dreizehnten Krankenwoche erkannte der Vorstand der Berufsgenossenschaft, der die erlittenen Verletzungen als die Folge eines Betriebsunfalls ansah, der Verletzten auf Grund § 5 des Unfallversicherungsgesetzes 50 pCt. von 66 2/3 pCt. ihres mit 600 M. ermittelten früheren Jahresarbeitsverdienstes, mithin 16,70 M. monatlich als Rente zu. Gegen diesen Feststellungsbescheid hat die Verletzte durch den Rechtsanwalt Dr. Wehl die Berufung beim Schiedsgericht angemeldet. Der Anwalt der Berufungslägerin machte geltend, daß nicht 600 M., sondern 750 M. als früherer Jahresarbeitsverdienst anzunehmen seien, da der bisherige Lohn, und gewiß der etwa sich bei längerer Arbeitsdauer erhöhende, diesen Betrag erreicht. Auch könne die Verletzte nur noch eine Hand benutzen und als Handarbeiterin fast nichts mehr verdienen. Ebenfalls könne die Berufungslägerin bei ihrem Bildungsgrad sich einem anderen Erwerbszweig nicht zuwenden und auch die in ihrem Wohnorte Befehrsort allenfalls zu findende Landarbeit nicht verrichten. Es wird deshalb beantragt, der Verletzten eine Rente von 75 pCt. von der vollen Rente zuzubilligen. Die Berufsgenossenschaft beantragt auch in diesem Falle die kostenpflichtige Abweisung der Berufung, indem hervorgehoben wird, daß nur der frühere, nicht der etwa spätere Verdienst bei Berechnung der zu gewährenden Entschädigung nach dem Unfallversicherungsgesetz in Rechnung gezogen werden darf. Die Behauptung der Verletzten, daß sie nach dem Unfall fast nichts mehr verdienen kann, kommt für's Erste nicht in Betracht, da speziell zu bemerken ist, in wie weit der Verletzte die Fähigkeit zur Uebernahme gewisser Arbeiten verblieben ist. Auch sei sie bei Verrichtung von Arbeiten nicht lediglich auf die Bemühungen einer Hand angewiesen, da nach dem ärztlichen Gutachten der Daumen und der kleine Finger vollständig unversehrt geblieben sind, und somit die Verletzte zur theilweisen Benutzung der verkrüppelten Hand fähig ist. Das Schiedsgericht weist auch diese Berufung als unbegründet zurück.

Markthallen-Bericht von J. Sandmann, städtischem Verkaufsbemittler, Berlin, den 1. Dezember 1886.

Geflügel. Preise unverändert mäßig wegen des milden nassen Wetters. Gänse unter dem Halse geschnitten, vollständig gerupft, Flügel und Füße auf den Rücken gebunden, nicht gebrüht und nicht gefeigt, 8-10 Pfd. schwere 44-52 Pf., über 10-15 Pfd. 50-60 Pf., Fettgänse über 15 Pfd. schwer sehr rar und gut bezahlt 63 Pf. und mehr per Pfd. Enten, Puten und Hühner sollen am Halse geschnitten sein. Der Kopf, die Flügel und Schwanzfedern werden nicht abgenommen. Junge Enten 1,50-2,50, fette Enten 46-50-60 Pf. per Pfd., über 10 Pfd. schwere fette Puten 1,70-80 Pf. per Pfd., Hühner 0,55 bis 0,80 und 1,20-1,70 M., Tauben 20 bis 40 Pf., Poularden 4,50-8 M. Mageres Geflügel schwerer verkäuflich. Lebende Gänse zum Rästen 2,00-3,00 M., lebende Enten 0,90-1,50 M. Auktion täglich im Bogen 4 um 4 Uhr Nachmittags.

Fleisch. Nach Errichtung der Fleischschau in der Markthalle wird es möglich, den Verkauf von geschlachtetem Vieh hier zu vermitteln. Den Interessenten gebe ich gern jede nähere Auskunft. Der Fleischkommissionshandel in unserer Markthalle dürfte für viele Landwirthe und Schlächter von weittragender Bedeutung sein.

Obst und Gemüse. Größere Zufuhren sehr erwünscht. Die Preise steigend. Birnen 6,00 bis 8,50, Tafelbirnen 10-20, feinste Sorten 20-40 M., Apffel 6,00-9,00 M., Tafelapfel 10-20 M., feinste Sorten 20-36 M., Wallnüsse 20-30 M. v. Str. Böhmisches Badyflumen 10-13 M. Magdeburger Sauerkraut 6-7 M. per Dohst.

Reichhaltige Speisekartoffeln 3,00-3,60, rothe 2,80-3,00, blaue 2,80-3,20 per 100 Ko., groß Sellerie 7-10 M., klein 3-7 M., Meerrettig 7-12 M., Zwiebeln 4,50-6-8 M., Blumenkohl 30-40 M. v. 100 Stück, Kohlrüben 1,50-2,00 M. per Centner.

Butter. Tendenz flau. Preise unverändert. Na. Qualität in größeren Posten vorhanden. Frische feinste Tafelbutter 120-125, feine Tafelbutter 1. 110-118, II. 95-108 M., III. fehlerhafte 85 bis 90. Landbutter I. 90-96, II. 80 bis 85 M. Galizische und andere geringste Sorten 55-72 M. v. 50 Ko.

Räse. feiner Quadrat-Sahnenkäse knapp und gut bezahlt. Emmentaler 70-75, Schweizer 1. 56-63, II. 50-55, III. 42-48, Quadrat-Badischer 1. fett 22-30, II. 12-18 M., Limburger 1. 30-35, II. 20-25, Rheinischer Holländer 1. 60-70, 45-58 M., echter Holländer 60-65 M., Edamer 1. 60-70, II. 56-58 M. Größere Vorräthe von Schweizerkäse sind zu begeben.